

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Brüning will „Restbestände“ liquidieren

Redekanonade in Genf

„Im Herzen aufrichtigen Friedenswillen“ — Vorschläge US-Amerikas

Genf, 9. Februar.

Als zweiter sprach in der heutigen Sitzung der Abrüstungskonferenz vor vollem Saal und vollen Tribünen

der deutsche Reichskanzler Brüning

Er führte Folgendes aus:

Meine Damen und Herren!

Wenn ich in dieser feierlichen Stunde das Wort ergreife, so bin ich mir bewußt, daß diese Zusammenkunft, zu der sich die Regierungen der ganzen Welt vereinigt haben, einen Vorgang von einzigartiger und welthistorischer Bedeutung darstellt. Seit langem hat das deutsche Volk diese Stunde ersehnt. Zum erstenmal in der Geschichte sehen sich hier Regierungen vor die unausweichliche Aufgabe gestellt, in gemeinsamer Arbeit einen sinnvollen, gerechten und umfassenden Plan für eine durchgreifende,

auf der Basis völlig gleicher Rechte und Pflichten aufgebaute Abrüstung zu schaffen und seine Verwirklichung zu sichern.

Was bisher als Wunschbild die Geister beschäftigte, soll sich auf dieser Konferenz zum verpflichtenden Gebot des Völkerrechts verdichten. Das alte, eifersüchtig gehütete Souveränitätsrecht der Staaten, über die Wehrkraft ihres Landes selbst zu verfügen, soll seine höchste Vollendung finden in der freiwilligen Einordnung dieses Rechtes in den Pflichtenkreis der internationalen Solidarität und Friedenssicherung. Die vereinbarliche freiwillige Abrüstung aller Staaten ist

neben der großzügigen und entschlossenen Liquidation der wirtschaftlichen und finanziellen Restbestände des Krieges,

die den Wiederaufbau der Welt stören, der wichtigste und dringendste Schritt.

Es ist der Wille zum Frieden, der in der eindrucksvollen Kundgebung zum Ausbruch kam, die letzten Sonnabend in diesem Saale stattfand. Nicht einzelne Personen, nicht Gruppen pazifistischer Träumer, sondern die organisierten Millionen der Kirchen, der Arbeiterschaft und, immer bedeutungsvoll, der Frauen haben ihren Willen, ihr Verlangen klar zum Ausdruck gebracht.

Ich bin überzeugt, daß auch jede der hier vertretenen Regierungen wünscht, daß es ihr gelingen möchte, die Lebensziele ihres Landes auf friedlichem Wege zu erreichen.

Unsere Einstellung darf nicht sein, daß jeder die Abrüstung für sich selber so wenig wie nur möglich betreiben möchte, sondern jeder muß mit ehrlichem Gewissen prüfen, wie weit er unter der Voraussetzung einer allgemein gleichen Abrüstung aller Staaten seine Rüstungen auf das im Völkerbundsvertrag vorgesehene Minimum nur irgendwie senken kann. Daher fort mit dem Streben, die eigenen militärischen Kräfte so hoch wie möglich zu halten und die des Nachbarn so viel wie möglich herabzudrücken. Fort mit dem Bestreben, sich selbst mit dieser oder jener Interpretation der Bestimmungen die Möglichkeit militärischer Kraftentfaltung zu sichern und sie anderen zu nehmen. Das ist nicht der richtige Weg. Das ist der Weg, um die Konferenz zum Scheitern zu bringen und den heute bestehenden unseligen Zustand

des bewaffneten, auf ungleichen Rechten aufgebauten Friedens aufrechtzuerhalten. Die wirtschaftliche Not der Welt beruht im gegenwärtigen Zeitpunkt zweifellos in erster Linie auf den politischen Zahlungen und den übertriebenen und ungleichen Rüstungen.

Das Deutsche Reich, für dessen Politik ich die Verantwortung trage, ist bereit, an der vor uns liegenden Aufgabe mit ganzer Seele mitzuarbeiten und nach seinen Kräften alles Verantwortbare zu tun, um im Sinne der Verkünder des Abrüstungsgedankens und entsprechend ihren im Völkerbundsvertrag niedergelegten Grundsätzen diese Konferenz zu einem abschließenden Ergebnis zu führen.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk fordern nach der eigenen Entschlossenheit die allgemeine Abrüstung. Deutschland hat darauf einen rechtlichen und moralischen Anspruch, der von niemand in Zweifel gezogen werden kann. Das deutsche Volk erwartet von dieser Konferenz die Lösung des Problems der allgemeinen Abrüstung auf dem Boden der Gleichberechtigung und auf der Grundlage gleicher Sicherheit für alle Völker. Unsere Delegierten sind beauftragt, mit aller Energie die Verwirklichung dieses Zieles zu betreiben.

Es wird keinen Vorschlag geben, zu dessen objektiver Prüfung die deutsche Delegation nicht bereit wäre.

Vorschläge allerdings, die eher einer Umgehung als einer Verwirklichung des von den Völkern erwarteten Konferenzzieles dienen könnten, würden auf die sachliche Kritik und den pflichtmäßigen Widerstand aller derer gefaßt sein müssen, die der Weltöffentlichkeit und den kommenden Genera-

tionen gegenüber sich für ein gerechtes und lebensfähiges Ergebnis dieser Beratungen verantwortlich fühlen.

Ich mache keinen Hehl daraus, daß, wie übrigens auch sonst in der Welt, in Deutschland nach manchen bitteren Erfahrungen vielfach ein starker Zweifel gegenüber den Genfer Arbeiten lautgeworden ist.

Aber es liegt nur an der positiven Arbeit dieser Konferenz, solche Zweifel zu widerlegen. Sie werden verschwinden, wenn hier das große Ziel erreicht wird. Nirgends in der Welt würde das mit tieferer Befriedigung begrüßt werden als in Deutschland;

denn das deutsche Volk trägt in seinem Herzen aufrichtigen Friedenswillen.

Es ist sich klar darüber, daß nur durch eine allgemeine, nachhaltige, gleichzeitige, ohne Vorbehalte und Hintergedanken beschlossene und durchgeführte Abrüstung die lähmende Spannung in der Welt beseitigt und die Menschheit wieder mit Vertrauen und Unternehmungslust erfüllt werden kann.

Ich erkläre hiermit, daß Deutschland als ein vollberechtigtes und vollpflichtetes Mitglied des Völkerbundes und dieser hohen Versammlung mit allem Nachdruck eintreten wird, für eine allgemeine Abrüstung, für eine Abrüstung unmißverständlicher Art, wie sie im Völkerbundsvertrag für alle Mitglieder in gleicher Weise vorgesehen ist,

eine allgemeine Abrüstung, die für alle Völker nach denselben Grundsätzen durchgeführt wird und für alle Völker ein gleiches Maß von Sicherheit schafft.

Deutschland wird im Geiste weitgehender Solidarität und Verständigungsbereitschaft, aber auch mit unbeirrbarer Energie diesem Ziele zustreben.

Zwischen den Stühlen

† Berlin, 9. Februar.

Ueber dem Salonwagen des deutschen Reichskanzlers, als er nach Genf fuhr, standen unsichtbar die Worte des frommen Frundsberg: „Mönchlein, Mönchlein, du gehst einen schweren Gang.“ Nicht so sehr lauerten auf Herrn Brüning in Genf die Wölfe des Völkerbundes, als in seinem Rücken die Hyänen des deutschen Schlachtfelds. Herr Brüning hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn im Hitler-Deutschland die Fallen für seine Rückkehr bereits aufgestellt werden. Er hat den Nationalisten und den Nazis den Boden bereitet, auf dem sie üppig gediehen sind; er hat den Fuhselkapellen noch einige Schlagzeuge gestiftet und wird bei seiner Rückkehr eine schöne Katzenmusik erleben.

Er hat in Genf getan, was er vermocht, aber er hätte noch viel mehr tun können, und die „nationalen Belagerer“ doch nicht befriedigt. Und die Genfer Atmosphäre ist zum Abbrennen von Kanonenschlägen eben doch nicht so geeignet wie etwa der deutsche Rundfunk oder die Gelegenheit eines Interviews. Herr Brüning hat getan, was er vermocht, er hat brav die deutsche Gleichheitsstese verfochten, die einer Aufrüstungsthese so verzweifelt ähnlich sieht, er hat nicht versäumt, auch die Tributwalze anzukurbeln und die Revisionsarie nebenher zu summen, ja er hat auch ein Torpedo, allerdings einen Blindgänger, gegen den französischen Vorschlag abgesandt mit der allgemeinen, aber deutlichen Bemerkung über die Vorschläge,

6 041 000 registrierte Erwerbslose

TU. Berlin, 9. Februar.

Die Gesamtzahl der Erwerbslosen belief sich am 31. Januar auf 6 041 000.

Gibson spricht für USA

Genf, 9. Februar.

Als erster Redner in der heutigen Sitzung der Abrüstungskonferenz sprach der stellvertretende Führer der amerikanischen Delegation, Botschafter Gibson. Amerika, so führte er u. a. aus, das bereits im Jahre 1922 den ersten freiwilligen Beitrag zur Abrüstung geleistet habe, halte die gegenwärtigen Ausgaben der Welt für Rüstungszwecke für unnötig und unentschuldig. Niemand könne bestreiten, daß diese Rüstungen nicht nur die Folge, sondern auch die Ursache der gegenwärtigen politischen Unsicherheit sind. Niemand könne bezweifeln, daß sie nicht nur zum wirtschaftlichen Niedergang beitragen, sondern den Weltfrieden ernstlich bedrohen. Das System der Antikriegsverträge reduziere die Notwendigkeit nationaler Rüstung auf

1) die Wahrung der Ruhe und Ordnung im Innern und

2) die Verteidigung der Landesgrenzen.

Amerika habe von den Vorschlägen Tardieus und Sir John Simons mit Interesse Kenntnis genommen. Die amerikanische Regierung habe keinen neuen allumfassenden Plan; denn sie möchte weder die Schwierigkeiten vermehren, noch glaube sie, daß man soweit in die Zukunft voraussehen könne, um schon jetzt sich für alle künftigen Fälle zu

binden, aber die amerikanische Regierung befürworte folgende Punkte:

1. Zugrundelegung des Konventionsentwurfes als praktische Diskussionsbasis unter völliger Bereitschaft, zusätzliche Vorschläge zu diskutieren,

2. Verlängerung der Lebensdauer der bestehenden Flottenabkommen unter möglichstem Beitritt Frankreichs und Italiens,

3. proportionale Herabsetzung der Tonnageziffern in den Flottenabkommen, sobald alle Unterzeichner des Washingtoner Abkommens dem Londoner Flottenvertrag beigetreten sind,

4. Abschaffung des Unterseebootes,

5. möglichst wirksame Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung vor Fliegerangriffen,

6. Abschaffung von tödlichen Gasen und bakteriologischer Kriegsführung,

7. Beschränkung der Landheere auf die notwendige Zahl für die Ordnung im Innern und den Grenzschutz,

8. Beschränkung der Verwendung von Tanks und schweren fahrbaren Geschützen,

9. Begrenzung der Ausgaben für Material, damit nicht in der Qualität um die Wette gerüstet werde, wenn in der Quantität Begrenzung vereinbart ist.

„die eher einer Umgehung, als der Verwirklichung des Konferenzzieles dienen“. All das hat er getan, aber es genügt längst nicht. Er hat nicht „die wütende französische Kanonade mit größtem Geschütz beantwortet“, er hat nicht „auf den groben Klotz Tardieu einen groben Keil“ gesetzt, er hat die französische „Lüge“ von den drei Invasionen, an die „außer Frankreich und seinen Hörigen kein vernünftiger Mensch in der ganzen Welt mehr glaubt“ nicht zurückgewiesen, obwohl doch „auf dieser Lüge Versailles basiert“. Kurz und gut, der arme Dr. Browning hat versagt, und es ist die „Berliner Börsenzeitung“, das Blatt der Reichswehrgeneräle, das ihm solches mit den erwähnten Zitaten bescheinigt. Und nun seinerseits den Revolver im Anschlag hält.

Der Hauptfehler der Brüning'schen Diktatur wandt also, ist am Zusammenbrechen. Die Reichswehrgötter wenden sich einem neuen „Prometheus“ zu, der ein Chaplinbärtchen auf dem banalen ausdruckslosen Gesicht trägt, wenn ihm auch sonst keine Ähnlichkeit mit dem „jüdischen Spaßmacher“ vorzuwerfen ist. „Der Führer“ ist schon in Berlin, wie Herr Goebbels Angriff triumphierend verkündet, und zwar, um die Erbschaft des Herrn

Brüning anzutreten. Denn in Genf hat der deutsche Kanzler geredet, der, um den Angriff zu zitiieren, „mit einem Fuß politisch schon seit Wochen im Grabe steht“. Herr Groener hat schon die Konsequenzen gezogen und sich auf den neuen Kurs vorbereitet, indem er die Legalität der Nazis und ihre Einverleibung in die deutsche Reichswehr verordnet hat. Der Erlaß ist, wie ausdrücklich vermerkt wird, mit Zustimmung des Reichskanzlers erlassen, richte sich also nicht gegen die Politik des Kanzlers. Welche Wendung durch Reichswehrrückführung seit dem 8. Dezember? Man sieht deutlich die gefesselten Hände, mit denen Herr Brüning seinen Segen zu dem Unvermeidlichen gegeben hat. Und ob wenn die eine Saule geborsten ist, die andere noch trägt? Ob der Herr Reichspräsident die bittere Empfindung über das Spiel um das Präsidienpalais, das Herr Brüning mit so bedeutendem, negativen Erfolg inszeniert hat, nicht doch auf den Frontkämpfer übertragen sollte? „Mönchlein, Mönchlein Du gehst einen schweren Gang!“

Einem hat Herr Brüning allerdings gefunden, der anscheinend restlos mit ihm zufrieden ist. Der „Vorwärts“ wird regelrecht witzig vor Begeisterung.

„Herr Brüning hat“, so schreibt er, „heute in Genf die Rede gehalten, die an seiner Stelle und in dieser Situation jeder politisch unterrichtete Deutsche ebenso gehalten hätte. Sie war stark pazifistisch, so daß man im Zweifel darüber sein kann, ob Herr Brüning nach ihr noch Aussicht hat, in die Reichswehr aufgenommen zu werden, aber sie war so richtig, und Herr Groener selbst hätte sie auch nicht anders halten können.“

Nun, Herr Groener mag darüber anderer Meinung sein; seine Bürogeneräle sind's gewiß. Und ob Herrn Brünings Rede im Ausland als ausgesprochen pazifistisch empfunden wird, das wollen wir lieber abwarten.

Freilich, wenn man die deutsche Presse und ihre Berichte über die Stimmung im Ausland liest, muß man zu dem Glauben kommen, daß Frankreich wieder einmal völlig isoliert ist und zwischen allen Stühlen sitzt. Orientiert man sich dagegen in der ausländischen Presse selbst, so findet man allerdings, daß die Meinungen über den französischen Vorschlag doch etwas anders aussehen, als es in der deutschen Presse zum Ausdruck kommt. Selbst Léon Blum erkennt trotz aller Opposition an, daß der französische Plan „die Abrüstungskonferenz in eine entscheidende Debatte wirft, während sie dazu verurteilt schien, sich monatelang in hinauszögernden Prozeduren zu erschöpfen. Der französische Plan schafft Interesse, schafft Leben.“

Und die englische Presse ist fern davon, ihn einfach in die Wolfsschlucht zu werfen, wie man nach den deutschen Darstellungen glauben müßte. Sie ist gewiß nicht dafür, denn er paßt nicht in den angelsächsischen Interessenskreis, aber sie läßt deutlich die Neigung zu einem Kompromiß erkennen. Und in der neutralen ausländischen Presse, etwa der schweizerischen, stellt man fest, daß Frankreich mit diesem Plan den Vorwurf des Militarismus glücklich zurückgewiesen habe, während „gerade die grundsätzliche Gegnerschaft gegen einen bewaffneten Völkerbund, gegen Sicherung der Verträge zeigt, wie der Ruf nach Abrüstung zu einer Waffe bestimmter Imperialismen gegen andere Imperialismen geworden ist.“ Das ist von der „Basler Nationalzeitung“ deutlich gerichtet gegen Deutschland und Italien.

Und wenn man sich weiter erinnert, daß Herr Brüning „pflichtgemäß“ den Konventionsvorwurf als für Deutschland untragbar beiseite geschoben hat, während ihn der englische Außenminister prinzipiell billigte (den französischen Plan hat er als begrüßenswert bezeichnet), die deutsche Gleichberechtigungsthese dagegen in keiner Weise stützte, so wird man vielleicht eher zu dem Schluß kommen, daß am Ende nicht Frankreich, sondern Deutschland isoliert sein könnte. Und dann sitzt nicht nur das deutsche Reich, sondern dann sitzt das Deutschland, das er vertreten hat, zwischen zwei Stühlen.

Was dann wird, das ist ein Problem, bei dem das deutsche Proletariat ein gewichtiges Wort mitzusprechen haben!

Er hats eilig

Brüning von Genf abgereist

TU. Genf, 9. Februar.

Der Reichskanzler Dr. Brüning ist am Dienstag um 18 Uhr in Begleitung von Ministerialdirektor Zechlin und Oberregierungsrat Planck von Genf abgereist und trifft am Mittwochnachmittag in Berlin ein. Kurz vor seiner Abreise statteten die japanischen Botschafter Sato und Madzudaira dem Reichskanzler einen Besuch ab.

Staatssekretär von Bülow bleibt vorläufig noch einige Tage hier, um die Reichsregierung im Völkerbund zu vertreten.

Wieder Spionage-Affäre. Nach einer Meldung aus Straßburg wurde der 30jährige deutsche Ingenieur Paul Emil Reinert unter dem Verdacht verhaftet, in den Neubauten bei den Befestigungen von Neubreisach Spionage getrieben zu haben. Bei dem Verhafteten soll verächtliches Material vorgefunden worden sein.

Kandidiert Hindenburg?

Präsidentschaftsfragen vor der Lösung

b. j. Berlin, 9. Februar 1932.

Die Unterschriften unter den Sahn-Aufruf haben jetzt, nachdem die Listen länger als eine Woche ausliegen, die Grenze der ersten Million überschritten. Man wird das Resultat, dem leicht die Ergebnisse früherer Einzelzeichnungen für manches Volksbegehren gegenübergestellt werden könnten, kaum anders als dürrtzig nennen müssen. Es mehren sich auch die Stimmen, die den vorzeitigen Abbruch dieser Unterschriftsammlung fordern, zumal die erforderliche Anzahl von 20.000 Unterschriften ja längst überschritten ist. Bisher ist die Frage, ob Herr v. Hindenburg sich überhaupt unter solchen Umständen aufstellen lassen werde, immer noch ungelöst. Man hört darüber nur, daß seine Neigung hierzu, angesichts der Weigerung des Stahlhelms, des Kyffhäuserbundes und vieler seiner alten Kameraden im Generalsrock nicht allzu groß sei.

Trotz der wohlmeinenden Äußerungen der republikanischen Zeitungen, die davon laben, daß in Hugenbergs Gefolge die Stimmung für Hindenburg und den Gegensatz zu dem deutschnationalen Führer täglich im Wachsen sei, scheint erwieen, daß die Deutschnationalen der Parole Hugenbergs doch starr folgen. Hugenberg hat seinen Erholungsurlaub in Bad Kreuth in Bayern unterbrochen und hat in Berlin verschiedenen Besprechungen

präsiert. Sein Vorschlag an Hitler, einem Kompromiß-Kandidaten der „Nationalen Opposition“ zuzustimmen, ist zunächst zwar abgewiesen worden, wird aber, wie wir hören, bei den Besprechungen, die nach Hitlers Ankunft in Berlin, heute beginnen, von neuem diskutiert werden. Hugenberg ist strikt gegen eine nationalsozialistische Sonderkandidatur zur Präsidentschaft. Sein Ziel bleibt nach wie vor, einem Mitglied der vormals herrschenden Familie in den Sattel zu helfen.

Aller spitzt sich jetzt schon auf einen zweiten Wahlgang zu, der auch dann notwendig werden könnte, wenn Hindenburg wider das Erwarten der Kreise um Hugenberg und Hitler an der Bewerbung um die Reichspräsidentschaft festhalten sollte.

Selbst in diesem Fall würde ihm der Großteil der den Herren Hugenberg und Hitler verfügbaren Stimmen kaum zufließen, und dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß zu erfolgreicher Wahl im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit aller abgegebenen Stimmen notwendig ist.

Man muß erwarten, daß in dieser Woche, und zwar in den nächsten Tagen schon die Wahlaussichten, die bisher in einen dicken Nebel von Phrasen und Weibrauch gehüllt sind, sich sichtbar vom Horizont abzuheben beginnen werden.

Bankfürsten in Moabit

Großer Tag im Schultheiß-Prozess

Nach der eingehenden Vernehmung des einstigen Gewaltigen im Schultheiß-Konzern, Katzenellenbogen, begann am Montag der Aufmarsch der Zeugen, wobei den größten deutschen Finanzdirektoren Reinhardt, Bernhardt und Goldschmidt der Vortritt eingeräumt wurde. Moabit, die große Berliner Fabrik für Gerichtsurteile, erlebte wieder einmal einen seiner historischen Tage, denn schließlich gehört es nicht zu den Alltäglichkeiten, die Führer der größten Banken Deutschlands auf der Zeugenbank zu sehen. Ganz zu den außergewöhnlichen Seltenheiten gehört dies freilich auch nicht mehr, und vermutlich wird sich die Gelegenheit, den deutschen Bankfürsten im Gerichtssaal zu begegnen, noch öfter bieten, wobei sie vielleicht nicht immer allein nur ausschließlich auf der Zeugenbank zu suchen sind, sondern diese sehr wohl einmal auch mit der Anklagebank vertauschen können. Das sind natürlich vorerst nur Perspektiven ohne konkrete Anhaltspunkte, aber immerhin Perspektiven, die in dieser Zeit nicht aus der Luft gegriffen sind, sondern sehr im irdischen wurzeln.

Doch kehren wir zur Zeugenbank zurück, wie sie in Moabit besetzt war. Als erster wurde der

Direktor Reinhart

von der Commerz- und Privatbank vernommen, wobei die Verteidigung vorläufig ausgesetzt wurde. Reinhart beschrieb die Beziehungen seiner Bank zu dem Schultheiß-Konzern und insbesondere zu Katzenellenbogen, wobei namentlich die Frage eine Rolle spielte, ob er von dem Risiko der Ostwerke Kenntnis hatte und warum er diese Angelegenheit im Aufsichtsrat dieses Konzerns nicht zur Sprache brachte. Reinharts Antwort ist ausweichend, wie er überhaupt seine Aussagen mit vielen Wenn und Aber versieht. Auch die Vernehmung des zweiten Zeugen, des Syndikus der Danat-Bank, Rechtsanwalts Bernhardt, erzählte weiter nichts Bemerkenswertes. Alsdann tritt, mit großer Spannung erwartet,

Jakob Goldschmidt

noch vor kurzem der erfolgreichste, beneidetste und umworbenste deutsche Bankier, die Primadonna des Kölner Bankiertages, vor den Richtertisch. Auch Goldschmidt war, ebenso wie Reinhart, Aufsichtsratsmitglied im Schultheiß-Patzenhofer-Konzern. Goldschmidt äußert sich zunächst in der sogenannten Kurspflege.

„Es ist zunächst das sogenannte „kleine Konsortium“ zustande gekommen. Die Danatbank übernahm zum Kurse von 320 für eine Million Mark Schultheiß-Aktien, wobei der Börsenkurs etwas überschritten wurde. Dieser Besitzstand ist noch heute unverändert bei der Danatbank, obwohl wiederholt eine Veräußerung hätte stattfinden können. Naturgemäß sind von uns die Kurse von Schultheiß-Patzenhofer besonders aufmerksam beobachtet worden. Als dann die Vorgänge an den Weltbörsen eine rückläufige Entwicklung nahmen und diese Bewegung an der Berliner Börse eine wesentliche Verschärfung erfuhr, trat Katzenellenbogen an mich heran, um grundlegende Maßnahmen zu besprechen. Seine Ideen gingen dahin, daß Schultheiß-Patzenhofer Ausdehnungspläne in der Provinz habe und daß daher ein Absinken der Kurse unerwünscht sei. Aus diesen Erwägungen heraus kam ein Kreditvertrag zustande, der den Ostwerken einen Kredit von drei Millionen Dollar gewährte.“

Vors.: „Nun möchte ich etwas von Ihnen über ihre Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied hören.“

Zeuge Goldschmidt: „Die Tätigkeit als Aufsichtsrat bei der Schultheiß-Patzenhofer A.-G. ist zum großen Teil beeinflusst worden von der günstigen Auffassung, die man mit Recht von Schultheiß-Patzenhofer haben mußte. Ich war ebenso wie alle anderen Aufsichtsratsmitglieder der Ansicht, daß die Lage dieser größten Brauerei der Welt keinen Anlaß zu Befürchtungen gebe. Die Entwicklung hat das auch bestätigt. Denn Schultheiß-Patzenhofer hat trotz der ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse sich nach wie vor günstig gehalten und entwickelt.“

Aehnlich starke Verhältnisse, gab der Zeuge weiter an, hätten auch bei den Ostwerken vorgelegen. Bei der Fusion hatte man auf Grund der Interessengemeinschaftsquoten keine kaufmännischen Bedenken, daß sich die Position von Schultheiß dabei verschlechtern konnte. Die Fusionsreserven haben nach Abzug aller Unkosten einen Betrag von 21 Millionen Mark übrig gelassen. Bei diesen Verhältnissen habe man nicht mit dem Bewußtsein über einzelne Geschäfte nachgedacht, mit dem man es heute tue. Man dürfe auch nicht vergessen, daß zwischen den Jahren 1929 und 1931 nicht nur zwei Jahre liegen, sondern, daß in dieser Zeit eine Welt vergangen sei. Der Zeuge hielt es für einen Fehler aller deutschen Wirtschaftler und Bankiers, daß sie viel zu früh mit den Interventionen begonnen hätten. Vielleicht könne man auch sagen, daß es überhaupt ein Fehler gewesen sei, Interventionen vorzunehmen. Dann fragte der Vorsitzende, ob Direktor Goldschmidt daran gedacht habe, ob neben dem Danat-Konsortium noch ein anderes Konsortium für die Ostwerke laufen könnte. Der Zeuge gab zur Antwort, er sei überzeugt gewesen, daß nur das eine große Konsortium existiere. Katzenellenbogen warf hierbei ein, daß Direktor Goldschmidt das Geschäft doch sicherlich im gewissen Umfang aufrechterhalten hätte, wenn er ihm mitgeteilt hätte, daß er auch in Holland Aktien aufkaufen ließ. Direktor Goldschmidt antwortete hierauf, daß er nicht glaube, daß Katzenellenbogen eine Bank gegen die andere ausspielen wollte. Auf Fragen des Verteidigers meinte Direktor Goldschmidt, daß er Katzenellenbogen einer Handlungsweise, die absichtlich zum Schaden des Konzerns führen sollte, nicht für fähig halte.

Da der Vorsitzende diese Frage für nicht wesentlich hielt, fragte der Staatsanwalt noch einmal Direktor Goldschmidt, ob er es nicht für notwendig gehalten hätte, in den Aufsichtsratsitzungen von den Verlusten zu sprechen, die auf dem Danat-Konsortiumsgeschäft bereits damals ruhten. Direktor Goldschmidt betonte, daß er, der unbegrenztes Vertrauen zu Schultheiß und Katzenellenbogen hatte, keine solche Fragen stellen konnte, da bei ihm als Bankier eine derartige Frage schon als Mißtrauen ausgelegt worden wäre.

Staatsanwaltschaftsrat Grüneberg: „Ich stelle mir aber vor, daß solche Geschäfte im Aufsichtsrat nicht erst besprochen werden, wenn die Reserven verbraucht sind. Zumindest im Präsidium mußte doch ein solcher großer Verlust zur Sprache kommen.“

Direktor Goldschmidt: „Zunächst entfiel ja auf Schultheiß nur ein Teilbetrag des Verlustes, da es sich um ein Konsortium handelte. Hätten alle übrigen Dinge gestimmt, dann wäre es ziemlich gleichgültig gewesen, wie der Kurs der Aktien stand. Ich verlasse mich immer mehr auf das Werturteil, das ich Menschen gegenüber habe, als auf das, das ich Dingen gegenüber habe, wobei ich mich allerdings öfter geirrt habe. Mein

unbegrenztes Vertrauen hatte keinen Raum für solche Erörterungen.“

Oberstaatsanwalt Sturm: „Wenn Katzenellenbogen das Stimmrecht für die aufgekauften Aktien in der Generalversammlung vertrat, entstand doch der Eindruck, als ob alle diese Aktien sein eigener Besitz wären?“

Zeuge: „Die Sachkenner wissen ja, daß es der größte Fehler ist, wenn man aus den vertretenen Aktien das Vermögen der einzelnen berechnen will.“

Nach einer kurzen Besprechung der Prospektfrage war damit die Vernehmung Direktor Goldschmidts beendet. Die Frage, ob er verurteilt werden soll, wurde ebenso wie bei Direktor Reinhart bis zum Schluß der Beweisaufnahme zurückgestellt.

Fortsetzung der Verhandlung am Mittwoch.

Strafanträge gegen Favag-Kapitäne

Frankfurt a. M., 8. Februar.

Der Staatsanwalt stellte im Favag-Prozess folgende Strafanträge: Gegen Direktor Lindner 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 15.000 M. Geldstrafe; gegen Schumacher 2 Jahre Gefängnis und 16.000 M. Geldstrafe; gegen Madje 3 Jahre Gefängnis, 32.000 M. Geldstrafe außerdem Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre; gegen Sauerbrey 4 Jahre Gefängnis und 5.000 M. Geldstrafe; gegen Kirschbaum 3 Jahre Gefängnis und 12.000 M. Geldstrafe sowie Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre.

Helldorf frei!

Neue Exzesse der Klassenjustiz

TU. Berlin, 9. Februar.

In dem Kurfürstendammprozess, der seit dem 17. Dezember die Dritte Strafkammer beim Landgericht III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Ohnesorge beschäftigte, wurde Dienstag nachmittag 5 Uhr das Urteil verkündet. Von den 41 Angeklagten wurden 20 Nationalsozialisten freigesprochen, 17 angeklagte Nationalsozialisten wurden wegen einfachen Landfriedensbruchs zu je 6 Monaten Gefängnis, ein weiterer wegen schweren Landfriedensbruchs zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Jungstahlhelmführer Brandt erhielt wegen einfachen Landfriedensbruchs 4 Monate Gefängnis. Graf Helldorf und sein Stabschef Ernst wurden von der Anklage des Landfriedensbruchs freigesprochen und lediglich wegen öffentlicher Beleidigung zu je 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Auch dieses Urteil ist charakteristisch. Der gräfliche Organisator der Ausschreitungen am Kurfürstendamm wird ebenso wie sein Stabschef freigesprochen und kommt mit einer Geldstrafe von 100 Mark davon. Gehangen werden nur die Kleinen, die lediglich den Winken ihres Führers gehorchten. Ob dies den Mannen im SA. wenigstens Anlaß zum Nachdenken gibt? Es wäre zu hoffen.

Die gelbe Mordpest

Nazis stechen SJV-Genossen nieder

Cheumnitz, 9. Februar.

Am Sonntagabend überfielen gegen 11 Uhr etwa 20 Nazis im Kirchwald die Jungarbeiter, die von einer Veranstaltung des Arbeiterturnvereins kamen. Mit Dolchen und Schulterräumen fiel die entmenschte Horde über die drei Jungarbeiter her. Während zwei, ein Jungbannergenosse und ein Unorganisierter, mit leichten Stich- bzw. Schlagverletzungen davorkamen, erlitt unser SJV-Genosse unter anderen einen schweren Stich in die Lunge und ins Gesäß und mußte sofort ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Verschärfung in Memel

Die Chauvinisten fühlen sich

Ueber den Konflikt liegen folgende Meldungen vor:

WTB. Memel, 9. Februar

Der vom Gouverneur zur Führung der Präsidentschaftsgeschäfte des Direktoriums beauftragte großlitauische Landesrat Tolischus erschien gestern im Landtagsbüro, um mit dem Präsidenten des Landtages, von Dreßler, über die Neubildung des Direktoriums zu verhandeln. Der Landtagspräsident lehnte die Verhandlungen ab, da Präsident Böttcher sein Amt nicht niedergelegt habe und deshalb nach den Bestimmungen des Statutes von einer Neubildung keine Rede sein könne. Auch sei die Ernennung des Landesrats Tolischus statutenwidrig.

Als darauf Landesrat Tolischus dem Landtagspräsidenten sowie den übrigen Abgeordneten der Mehrheitspartei Feigheit vorwarf, lehnte von Dreßler jede weitere Verhandlung mit ihm ab und wies ihn zur Tür hinaus. Auch als Landesrat Tolischus noch einmal an der Tür des Präsidenten erschien, lehnte von Dreßler es ab, mit ihm weiter zu verhandeln.

*

Von amtlicher litauischer Seite wird zugegeben, daß gegen Landespräsident Böttcher ein Verfahren wegen Landesverrats — vorbereitet wird. Ob das Untersuchungsergebnis tatsächlich zur Einleitung eines Verfahrens ausreichen wird, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen. Bis zum Abschluß dieser Untersuchung wird Landespräsident Böttcher in Memel in seiner Wohnung interniert gehalten.

Der Fall Bullerjahn

Die Geschichte eines Justizverbrechens / Berichtet von Berthold Jacob

5. Fortsetzung

In Bullerjahns Privatleben gab es also nichts, was ihn hätte veranlassen können, durch Verrat von Waffen an die Kontrollkommission seine wirtschaftliche Lage aufzubessern. Im Gegenteil: sein Einkommen reichte ganz aus, um seine und seiner Frau Bedürfnisse zu bestreiten. Er war ganz zufrieden in seinem Kreise und verlangte nicht darüber hinaus.

Wesentlich komplizierter war es um seine Stellung in Wittenau bestellt. Er gehörte zu den mittleren Beamten der Firma, aber seine Sonderstellung als Oberlagerverwalter, mit der Kontrollrechte auch über die Arbeitsgebiete ihm sonst vorgesetzter Beamter und Angestellter verknüpft waren, brachte es mit sich, daß man an vielen Stellen des Werks nicht gerade gut auf ihn zu sprechen war. Mit dem technischen Leiter der Waffenfabrik, „Metallwaren-Abteilung“ genannt, dem Direktor Gebauer, lebte er beispielsweise in einem dauernden Kleinkrieg. Um diese Zustände richtig zu beurteilen, muß man daran denken, daß Bullerjahn eine vorbildlich altpreußische Erziehung genossen hatte. Er war aus dem Militär-Waisenhaus und aus der Unteroffiziersvorschule hervorgegangen und war danach sieben Jahre lang preussischer Unteroffizier gewesen. Man wird ermessen können, daß neben allen Vorteilen einer solchen Erziehung auch alle ihre Nachteile in seiner zivilen Stellung zur Geltung gelangten. Das Bewußtsein einer gewissen Unabhängigkeit von den einzelnen Abteilungsleitern, die teilweise sogar den Titel eines Direktors führten, mußte sein Geltungsbedürfnis erheblich steigern. Seine Pedanterie und Genauigkeit, gewisse Unteroffiziersallüren mochten den Herren Direktoren peinlich sein. Auch mit Bullerjahns Vorgänger, dem Major u. D. Baumann, hatte es übrigens fortwährend Mißhelligkeiten gegeben, so daß Bullerjahn allein die Schuld an den unerquicklichen Verhältnissen nicht wohl wird zugemessen werden können.

Bullerjahn hatte im Auftrag der Generaldirektion auch kritisch zu den Arbeiten sowohl in der Metallwarenabteilung wie in anderen Abteilungen Stellung zu nehmen. Gelegentlich mußte Direktor Gebauer auch Verhaltensweisen von der Generaldirektion des Werks entgegennehmen, und immer suchte er den Grund so unliebsamer Vorkommnisse in Bullerjahns Tätigkeit. Im November 1923 verschlechterte sich das Verhältnis zwischen Direktor Gebauer und Bullerjahn noch bedeutend. Damals war es Bullerjahn nach langen Bemühungen gelungen, unter Unterstützung des Lagerverwalters Fischer, große Unterschleife eines leitenden Angestellten namens Ritter so aufzudecken, daß die Firma in die Lage versetzt wurde, Vermögenswerte von insgesamt 34 000 Mark zurückzuerhalten. Die Verantwortung dafür, daß diese Betrügereien hatten vor sich gehen können, trugen neben dem Direktor Gebauer noch drei weitere höhere Angestellte des Werks. Durch eine Indiskretion eines Werksicherheitsbeamten kam diese Angelegenheit zur Kenntnis der Kriminalpolizei, noch ehe die verantwortlichen Herren davon erfuhren. Dies war von Bullerjahn nicht beabsichtigt; immerhin war für den Direktor Gebauer durch diesen Umstand eine Vertuschung des ganzen Vorgangs vor der Generaldirektion nicht mehr möglich und Bullerjahn und Fischer wurden um jede Anerkennung für ihr Vorgehen geprellt. Seit dieser Zeit jedenfalls kannte der Groll des Direktors Gebauer Bullerjahn gegenüber keine Grenzen mehr.

Die Schrottschiebung

Die Verhältnisse im Werk wurden für Bullerjahn immer unerträglicher. Die Werke fabrizieren fortgesetzt verbotenes Kriegsmaterial, Gewehre, Maschinengewehre usw. Und zwar geschah dies in Mengen, aus denen ohne weiteres ersichtlich sein mußte, daß diese Waffen nicht ausschließlich für die Reichswehr bestimmt sein konnten. Die Materialien zu dieser Fabrikation und die Halbfabrikate selbst wurden in Werksräumen gelagert. Es geschah dies so leichtfertig, daß sie unsicher bei einem der stets drohenden Kontrollbesuche der Interalliierten Militär-Kontroll-Kommission gefunden werden konnten. Die Kommission kam ziemlich oft. Ihre Suchtätigkeit jedoch war höchst oberflächlich. Meistens war der bevorstehende Besuch durch die Organe der deutschen Heeresfriedenskommission vorher gemeldet. Erfolgte aber überraschend eine Visite, so gab der Pförtner das vereinbarte Stichwort telefonisch an die Fabrikation und an die Lager. Allgemein bekannt war übrigens, daß die Engländer und Italiener selten durch die Fabrikationsräume gingen und sich an einem Vortrag des Direktors Gebauer genug sein ließen. Die Führung solcher Kontrollkommissionen lag außerdem in den Händen des

Direktors Gebauer. Fast jeder Arbeiter im Betrieb kannte die Unterbringungsräume des versteckt zu haltenden Materials. Bullerjahn wies auch zu wiederholten Malen bei der Direktion darauf hin, daß die Unterbringung der Waffen geradezu von verbrecherischem Leichtsinne zeuge. Im übrigen hat Bullerjahn zu wiederholten Malen bei seinen Vorgesetzten jagegen protestiert, daß ihm und seinen Leuten die Lagerung verbotenen Kriegsmaterials zugemutet würde. Er hat unter Berufung auf den § 8 des Republiksschutzgesetzes die ihm unterstellten Arbeiter und Angestellten sogar gewarnt, sich mit dergleichen Dingen abzugeben.

Auch dies Verhalten war keineswegs dazu angetan, ihm die Zuneigung der Direktion zu erwerben. Direktor Gebauer besonders verhielt sich geradezu feindselig gegen Bullerjahn. Von ihm getroffene Anordnungen hob

er zu wiederholten Malen einfach auf, ohne Bullerjahn überhaupt zu verständigen. Dem Lagerverwalter Fischer sagte er einmal: „Bullerjahn hat gar nichts zu sagen; wenn der Kerl kommt und Krach macht, schmeißen Sie ihn einfach raus!“ — Als Bullerjahn den Direktor darauf stellte, erwiderte Gebauer: „Was Sie nicht schwarz auf weiß besitzen, wird grundsätzlich abgestritten.“

Gebauer leitete schließlich ein wahres Kesselstreben gegen Bullerjahn ein

Beschwerden blieben ohne Erfolg. Der Generaldirektor von Gontard, an den sich Bullerjahn einmal wandte, gab die Beschwerde an den Direktor Hellwig weiter. Der war aber auch nicht in der Lage, die Mißhelligkeiten zu beseitigen, und beschied Bullerjahn: „Sie müssen sich eben durchbeißen und dürfen Gebauer nicht immer für voll nehmen.“

Im November 1924 erreichte das Treiben gegen Bullerjahn seinen Höhepunkt. Im Werk war eine Schrottschiebung vorgekommen. Der Werksicherheitsbeamte Schmidt hatte den Direktor Gebauer über Schiebung des bahnamtlich vereidigten Wiegemeisters unterrichtet. Sofort versuchte Gebauer, Bullerjahn in diese Angelegenheit hereinzuziehen und fragte Schmidt, ob nicht Bullerjahn in die Schiebung verwickelt sei. Als Schmidt verneinte, sagte Gebauer: „Es wäre doch schön, wenn mal bei Bullerjahn auf den Busch geklopft würde und es fiel dabei etwas heraus.“

Darauf legte Schmidt den beiden Kriminalbeamten, die die Schiebung untersuchten, Bullerjahns Vernehmung nahe. Die Vernehmung erfolgte und ergab

Bullerjahns vollständige Unschuld.

(Weitere Artikel folgen.)

Schlächter-Geschmack

Der „Stahlhelm“ in Breslau leistet sich nachstehende Einladung:

Sind Sie schon entlaufen?

Wenn nicht, so nehmen Sie am
Sonnabend, den 6. Februar
20 Uhr,

im Etablissement „Zur Erholung“
Eichenparkstraße 44, am

„Ruhetag hinter der Front“

teil. Feldlazarett, Entlausungsanstalt,
Feldlatrine usw.

Tag — Vertiefung — Preischießen
Dementisprechende Bekleidung erwünscht

Der Stahlhelm, B. d. F.,
V. Kompagnie

Wir überlassen der Arbeiterschaft das Urteil über diese namenlose Gesinnungsbrutalität einiger Heimkrieger, die einen Frontabschnitt nur aus Ansichtskarten kennengelernt haben.

Wer einmal Soldat gewesen ist und nicht nur in der Schreibstube der Etappe saß, der wird nie die Roheit aufbringen,

ein Feldlazarett als Vergnügungsetablissemant aufzuputzen.

Wer heute die Stirn hat, die grauenhafte Erinnerung der blutigen, jammererfüllten Lazarettbaracken in lustige Bierzelte umzulügen, wer heute schon wieder so stahlbadlüstern von Feldlatrinen und Entlausungsanstalten träumt — dieses Gesindel gehört dorthin! Ihnen müßte man die Annehmlichkeiten einer Latrine, die Annehmlichkeiten eines Feldlazaretts verschaffen können —

aber im Ernst! Herr Stahlhelmskommandant!
Im Ernst!

Riesenbrand in Swinemünde

Swinemünde, 9. Februar.

Ein gewaltiger Fabrikbrand hat gestern Nacht und in den frühen Morgenstunden in der Altstadt von Swinemünde gewütet und die umfangreichen Anlagen der Panella-Holz-A.G., Spezialfabrik für Holzveredelung, völlig in Asche gelegt.

Es handelt sich um drei riesige Fabrikhallen der früheren Arps A.G., Eisenbahn- und Waggonbau. Der Brand brach gegen Mitternacht in dem in einer riesigen Fabrikhalle befindlichen Lackierhaus aus und griff mit solcher Geschwindigkeit um sich, daß in kurzer Zeit auch die zweite große Fabrikhalle in Flammen stand. Bei dem heftigen Sturm und der gewaltigen Ausdehnung des Feuers waren die Feuerwehren von Swinemünde und Umgebung dem Brande gegenüber machtlos. Die Garnison entsandte mehrere Kompagnien Marine-Artillerie, die in der Hauptsache dazu verwendet wurden, die schwer gefährdete dritte Halle zu räumen. Ein Teil der dort lagernden Fertigfabrikate konnte gerettet werden, während die Maschinen ein Raub der Flammen wurden. Gegen 3 Uhr morgens sprang das Feuer auch auf die dritte Halle über. Alle drei Gebäude mit einer Gesamtfläche von über 3000 Quadratmetern sind völlig ausgebrannt. Es stehen nur noch die Umfassungsmauern. Der Gebäude- und Materialschaden wird auf eine halbe Million Mark geschätzt. Die Brandursache ist noch nicht geklärt. Heute früh traf der Oberstaatsanwalt aus Stettin an der Brandstätte ein. Die Besitz- und Vermögenswerte bei dem Unternehmen sind zur Zeit unübersichtlich, da die Panella A.G. im Vorjahre in Konkurs geraten und zur Zeit eine Umbildung der Gesellschaft beabsichtigt war.

Der Griff zum Gashahn

So wirkt die kapitalistische Krise

Elbing, 9. Februar.

Der in der Kreuzstraße wohnende Arbeiter Alfred Gehrman, der schon mehrere Jahre arbeitslos war, drehte in der letzten Nacht die Gashähne auf, um mit seiner Familie den Tod zu suchen. Im bewußtlosen Zustand wurden er und seine Frau und die 10jährige Tochter ins Krankenhaus geschafft.

Winterwetter im Riesengebirge

Seit Montag ist im Riesengebirge Schneefall eingetreten. Es schneit auch heute vormittag noch weiter. Bisher sind auf dem Gebirge und im Tal 20 bis 25 cm Neuschnee gefallen. Im Hochgebirge beträgt die Schneehöhe 40 bis 80 cm. Am Dienstag morgen wurden auf dem Kamm 12 Grad, in den Vorbergen 9 und im Tal etwa 6 Grad Kälte gemessen. Die Sportverhältnisse sind gut.

Breslau, 9. Februar.

Die vergangenen 24 Stunden haben ganz Schlesien Schneefälle gebracht. Auch im Flachland hat sich eine leichte zusammenhängende Schneedecke gebildet. Besonders ergiebig waren die Schneefälle im Riesengebirge, wo in Mittellagen teilweise 10 bis 15 cm, in Höhenlagen bis zu 20 cm Neuschnee fiel.

Synthetischer Gummi aus Rohöl

Eine der größten amerikanischen Petroleum-Gesellschaften beabsichtigt in allernächster Zeit in großem Maßstab mit der Fabrikation von Gummi aus Petroleum zu beginnen. Es handelt sich hierbei um ein patentiertes Verfahren des mexikanischen Chemikers Giron, der sich seit längerer Zeit mit der Herstellung von synthetischem Gummi aus Rohöl unter Hinzunahme von Rohrzucker beschäftigt hat.

Schlimmes Rosenmontag-Finale

Aachen, 9. Februar.

In der vergangenen Nacht entstand in einer Wirtschaft in der Pontstraße zwischen Mitgliedern verschiedener Musikkapellen eine schwere Schlägerei, in deren Verlauf einer der Beteiligten ein Messer zog. Durch einen Stich in die Brust wurde einer der Streitenden so schwer verletzt, daß er kurze Zeit darauf starb. Ein anderer mußte mit erheblichen Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht werden. Der Täter wurde noch in der Nacht ermittelt. Mit ihm wurden noch einige andere Teilnehmer verhaftet.

Das Guttstädter Rathaus niedergebrannt

Guttstadt, 9. Februar.

Das im Jahre 1731 erbaute Rathaus, welches erst vor wenigen Jahren anlässlich der 600-Jahr-Feier der Stadt renoviert wurde, ist heute vormittag bis auf das Erdgeschoss niedergebrannt. Der strenge Frost, der heute nacht in Königsberg herrschte (18—20 Grad), erschwerte die Löscharbeiten außerordentlich. Die Motorspritze mußte aufgesetzt werden, fror aber immer wieder ein. Die Schläuche platzten fortgesetzt und mußten erneuert werden. Die Alarmeinrichtungen versagten. Drei benachbarte Gebäude wurden mit eingeschert.

Wirbelsturm über Réunion

Die Réunion-Insel wurde, wie das französische Kolonialministerium erfahren hat, durch einen Wirbelsturm von ungeheurem Ausmaße heimgesucht. Bis jetzt ist bekannt, daß er insgesamt 45 Todesopfer in drei Orten der Insel gefordert hat. Zahlreiche Gebäude sind zerstört worden, eine Menge Pflanzungen sind verwüstet. Die Verbindung mit mehreren Bezirken der Insel ist unterbrochen, und man befürchtet, daß in diesen Distrikten der Sturm noch ärger gewütet hat und eine noch größere Zahl von Menschenleben vernichtete.

Mussolini organisiert den Frieden



Italien schickt starke Truppenkontingente nach Schanghai. Die Kreuzer „Trento“ und „Espera“ sind von dem Kriegshafen Gaeta ausgefahren, um in China „dem Schutz der italienischen Niederlassung zu dienen“.

Mussolini ist ebenfalls der Meinung: der Friede muß organisiert werden. Am zweckmäßigsten geschieht dies mit Kanonen.

Feuilleton der SAZ



Das nationalistische Opium

Eines der gefährlichsten und wirksamsten Mittel, die Massen der Kinobesucher politisch-ideologisch zu beeinflussen, bildet die Tonfilm-Wochen-schau. Hier bietet sich die Möglichkeit für den Kapitalismus, meist in verfeilter Form, sozusagen in homöopathischen Dosen, propagandistisch im Sinne der herrschenden Gesellschaftsordnung zu wirken. Fox und Gauckel vertreten es besonders, diese Tonfilm-Wochen-schau „neutraler“ Reportage zu verlocken. Die Ufa ist da entschieden offener. In ihrer letzten Wochen-schau gibt sie mit sorgfältiger Liebe den Besuchern einen veritablen Kronprinzen, des Abessiniers in London wieder. Und dann taucht ein Weltkriegszug nach Alt-Ötting auf; man spürt das herzliche Interesse, mit welchem der klerikale Zauber in allen Einzelheiten reproduziert wird. Das Finale übernimmt Innenwehrminister Grottel mit einem glühenden nationalistischen und militaristischen Bekenntnis — der schwarz-weiß-rote Herold darf minutenlang seine Phrasen rezitieren, er wird in allen möglichen rednerischen Posen präsentiert. So wird ein zweiter 4. August in Deutschland vorbereitet; so will der Hugenberg-Apparat das deutsche Volk in ein neues „Stahlbad“ hetzen!

Wir werden nicht versäumen, die verschiedenen Tonfilmwochen auch weiter kritisch zu beleuchten. Das Proletariat hat alle Ursache, diese trüben Quellen kapitalistischer „Volksbildung“ mit geschärfte Aufmerksamkeit zu verfolgen!

„... da wird gemordet und geübtet...“

oder: „über die Schwierigkeit Feuilletons zu schreiben“

Mit Nr. 6 der „Weltbühne“ wurde eine sehr lesenswerte Artikelserie von Béla Balázs abgeschlossen: „Die Frucht der Intellektuellen vor dem Sozialismus.“ Ein Grund für diese Furcht ist die Annahme, daß es bloß eine Tendenzkunst geben wird, gegen die die Intellektuellen einen Widerwillen haben.“ Balázs weist die Berechtigung dieser „Tendenzkunst“ nach: „... in Zeiten des offenen ideologischen Kampfes ist es klar, daß die Kunst auch als Waffe verwendet, daß die blanke Tendenz gleichsam aus ihrer Einkleidung gezückt wird.“

Nach Karl Marx ist es nicht „das Bewußtsein des Menschen, das ihr Sein bestimmt, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.“ Aus dieser Dialektik ergibt sich die Notwendigkeit der sogenannten Tendenzkunst gerade in einer Zeit, wo sich der Klassenkampf einer dem Untergang geweihten Klasse gegen die aufstrebende des Proletariats immer mehr zuspitzt und verschärft.

In Nr. 88 der „Vossischen Zeitung“ erschien ein kleines Feuilleton von Michael Gessel, das in diesem Zusammenhang der Betrachtung wert erscheint: „Über die Schwierigkeit, Feuilletons zu schreiben.“

Völkischer Karneval / Herbert Dückstein

München. Theorienwiss. Tausende völkischer Gassen demonstrieren für den Karneval. Da Hitler gerade beim Industrieklub zu Gast ist, trägt man seine Maske als Prinz Karneval feierlich über den Platz. Jungfrauen verfallen in religiöses Delirium, Junglinge verlieren das seelische Gleichgewicht beim Anblick der Hitler-Maske.

Stimme eines Arbeiters:

Afrika — nackt* und angezogen, die Maske wackelt mit den Pappkiefen und schreit in ein Megaphon:

Ich bin die kleine Hur',
Verkleidet als Gondarm,
Ich mach' dem Gold die Cour
Und alle Spießler warm.

Nur
Der Mammon mir die Maske löst
Und die freche Stirn entblößt.

Doch
Vor den Wahlen bin ich angezogen
Mit der Maske im Gesicht,
Immer weiter wird gelogen,
Denn die merken's ja nicht.
Durch diese Metamorphose
— Maskiert und demaskiert —
Kommen die großen Lose
Ins braune Haus spaziert.

Die Stimme des Arbeiters:
Reißt ihm das Zeug vom Leibe,

Daß immer nackt er bleibe.
Er hat euch alle angeschmiert,
Ihr seht ihn nur maskiert!

Die Stimme geht im Chor der Tausende unter:
Mit Idealen handeln wir ein gros,
So viel die Stern' am Himmel sind,
Die Köpfe sind gefüllt mit Stroh,
Das Hakenkreuz sitzt stolz am Stint.

Die Maske wird umhergetragen. Einzelne fallen in Ohnmacht. Eine hysterische Frauenstimme:

Wo ist der Herr und Meister denn?
Wir woll'n nicht nur die Maske seh'n!

Die Stimme des Arbeiters:

Er füllt in Düsseldorf die Kasse,
Natürlich demaskiert und ohne die
[Grimasse.
Dort spricht er, wie er wirklich denkt,
Und wird dafür nicht schlecht beschenkt.

Die Hitler-Grimasse klappert mit dem pappe-nem Gebiß:

Uns're Ziele müssen wir erreichen,
Kost' ja nur die Kleinigkeit
Von paar Tausend Untermenschenleichen,
Es lebe die deutsche Faschingszeit!
Immer getarnt, immer maskiert,

Von links gewarnt, von rechts düpiert,
Wir treten zu dem Baal:
Das Kapital!

Wir sind die Retter der Mora!,
Der Rasse und des Ar—i—schluß's,
Wir hüten unsres Glaubens Gral
Und kämpfen gegen Schund und Schmutz.
Nur in der Faschingszeit
Ist die Gelegenheit,
Des Staates Rechte anzumelden
Auf Helden!

Drum wer auf meine Maske schwört,
Sich schnell ein Weib erkürt,
Die Industrie will Krieg
Mit Sieg....

Die Tausende sind ekstasiert, sie singen im Chor (nach der deutschen Melodie: „Wenn das Judenblut vom Messer spritzt...“):

Fastnacht — Fastnacht,
Es wird niemals dem Fleisch entsagt.
Die Kinder dieser Liebesnacht,
Die werden erst zur Welt gebracht
Unter Hitlers Macht.
Lieben ohne Ende,
Keine Alimente.
Das ist das Ideal
Im deutschen Karneval.

Der Verfasser fragt nach dem Zweck des bürgerlichen Feuilletons. Dieser sei, nach Gessells Auffassung, erfüllt, wenn nach der Lektüre: „der eine lächelt, wenn „einem sogar ein bißchen feierlich zumute wird und er aus einer kleinen Erschütterung heraus etwas Anständiges tut, seinen Hund streichelt oder die Tür nicht so laut knallt wie sonst oder seiner Frau wieder einmal einen zärtlichen Kuß gibt.“

Man sieht, der Verfasser legt seiner Arbeit nicht allzu große Bedeutung bei, er schreibt, um zu schreiben, um den Kunden des ihn bezahlenden Verlages Kurzweil und „eine kleine Erschütterung“ zu verschaffen. Es ist nicht nur Bescheidenheit, die aus dieser Auffassung über den Zweck der „Unterhaltungsschriftstellerei“ spricht. Es ist das Eingeständnis, daß das Feuilleton im Rahmen einer bürgerlichen Zeitung „ein Ding an sich“ sein sollte, ohne Beziehung zu Wirtschaft und Politik.

Worin liegt nun für den bürgerlichen Literaten die Schwierigkeit, Feuilletons zu schreiben? Natürlich nicht im Technischen, im Formalen etwa. Nein, die Schwierigkeit liegt eben in diesem Willen, das Feuilleton inhaltlich zu isolieren, nichtssagende, unverbindliche Themata zu behandeln. Die Schwierigkeit liegt an dem dicken Strick über der Rubrik: Feuilleton.

Gessel schreibt: „Und da plötzlich bricht das über einen herein, was man heute Hem-mungen nennt. Da ist Herr Laval und da ist China und Japan, und da sind sechs Millionen Arbeitslose, und da schlagen sich Studenten blutig, und da wird geraubt und gemordet, und gerüstet und gedumpft — und da wachsen einem um den Füllfederhalter und das bißchen Schreibmaschine mit einem Male

riesige Mauern auf, und man fühlt sich mit seinem Einfaltchen oder seiner Erinnerung wie ein Gefangener in einem unendlichen Schacht und sieht hinauf und denkt: bis da hinauf soll dein kleiner Ruf dringen?“

Ja, man kann nicht gut klavierspielende Jungfrauen besingen, wenn um uns herum die Kanonen donnern und ein verrottetes Wirtschaftssystem auseinanderbricht.

„Es ist dieselbe Anstrengung, die der Leser vollziehen muß, wenn er aus der großen Welt des Hauptblattes in die kleine Welt des Feuilletons vordringen will — es sei denn, daß dieses Vordringen einfach eine Flucht ist... Wir haben als Vorbild die schon tragisch große Disziplin der Millionen, denen es hoffnungslos dreckig geht. Wir müssen unsere kleine Pflicht tun und schreiben also auch die Feuilletons, ein paar Viertelstunden in dem kleinen Wortboot auf dem großen Taten- oder Untatentrommel der Zeit zu treiben.“

Und so, wie Michael Gessel, sind diese bürgerlichen Intellektuellen alle. Sie tun weiter „ihre Pflicht“ oder das, was sie dafür ansehen. Sie treten weiter auf dem Fleck. Immer haben sie wieder dieselben „Hemmungen“ und quälen sich dann doch wieder ein Feuilleton ab, in das sich der Leser flüchten möchte. Ihr Bewußtsein ist bereits vom gesellschaftlichen Sein beeinflusst. Noch immer versuchen sie, gegen den Strom zu schwimmen. Es wird vergeblich sein, die Verhältnisse sind stärker als der Einzelwille. Entweder ihr seid konsequent, werdet Marxisten, findet zum Klassenkampf, oder das revolutionäre Proletariat muß über euch hinwegschreiten!

D. Stein.

Vera Skrowronel tanzt am Donnerstag, 11. Februar, abends 8 Uhr, im Ballsaal unter Mitwirkung des Trios.

Proletarische Arbeiterbildung

Der „Vorwärts“ ist der Sage nach eine Arbeiterzeitung. Nun glaubt ihm das zwar schon keiner mehr, aber da er dieses proletarische Renommee so krampfhaft aufrecht hält, muß man ab und zu einmal die Schreibart des biederen „Arbeiter-Organs“ inspizieren.

In folgender Tonart zum Beispiel spricht der proletarische „Vorwärts“ zu seinen SPD-Arbeitern über Kunst:

„Gegenwärtig trifft es sich, daß an drei Stellen Künstler zu ausgehiger Darstellung kommen, die wie die Spitzen eines sphärischen Dreiecks das Wollen von äußerster Gegensätzlichkeit verkörpern: Kandinsky (abstrakte Vereinigung grandiosen Linienaufbaus), Mankes (direkte Widerspiegelung eines kleinen Lebensausschnittes, erweitert durch religiöse Erlebnisse aus dem alten Testament) Schlichter (zwischen widerstrebenden Ideen der Zeit hin- und hergerissen, versucht er dem jeweils leidenschaftlich geliebten Lebensausschnitt einen Ausdruck zu geben).“

Der Kommunalarbeiter Georg Semmelweis soll diesen lyrischen Quatsch nicht völlig begriffen haben... .

Kleines Feuilleton

Ueberführung Beaumarchais' ins Pantheon?

Aus Paris wird berichtet:

Beaumarchais, der Dichter des „Barbiers von Sevilla“ und „Figaros Hochzeit“, einer der Väter der französischen Revolution, soll zur Feier seines 200. Geburtstages, der auf den 24. Januar d. J. fiel, vom Friedhof Père Lachaise, wo sein Leichnam z. Z. ruht, ins Pantheon überführt werden.



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

42. Fortsetzung.

„Und jetzt...? Hast du noch Heimweh?“

„Nein, jetzt nicht mehr.“

„Siehst du, bei uns gibt es auch Bäume, schau, dort ist einer.“

„So ein armer Baum, man sieht ihm an, daß er ein schweres Leben hat.“

„Wie kannst du das sehen?“

„Er ist doch ganz krumm und verkrüppelt, steht da ganz allein zwischen den vielen Häusern. Aber das Leben ist schön, auch wenn es schwer ist.“

„Beug' dich nicht so weit hinaus.“

„Und die Frauen hier, sie sind alle so schön gekleidet. Bei uns tragen sie immer die gleichen Kleider. Kannst du dir das vorstellen?“

„Ich weiß nicht.“

„Hier kann man eigentlich nur an den Kleidern der Frauen erkennen, welche Jahreszeit es ist, n'ent an dem Grün, ich finde das sehr komisch.“

„Du hast honigfarbene Haare, Svenska, weißt du das?“

„Ja, ich weiß das, und meine Augen sind wie Kornblumen, das habe ich auch schon gehört.“

„Haben Männer dir das gesagt, viele Männer?“

„Bist du eifersüchtig?“

„Siehst du, jetzt beginnt das italienische Viertel. Wir werden bald aussteigen.“

„Sieht es hier so aus wie in Italien?“

„Ich kenne Italien nicht, ich war zwei Jahre alt, als wir nach Amerika fuhren.“

„Ich kenne das skandinavische Viertel in New York, da gibt es Knäckebröt, geräucherter Fische, viele Holzhäuser und lauter schwedische, dänische und norwegische Zeitungen. Aber es ist doch ganz anders als in Skandinavien.“

Jetzt umfängt sie beide das laute Geschrei: die Gebärden, die Geräusche einer südlicheren Welt. Schiebekarren stehen in allen Straßen; Kleider, Wäsche, Schals flattern in lauten, bunten Farben, Frauen kramen und wühlen, reden laut und gebärdenreich in einer fremden Sprache.

In anderen Gassen sind fremde exotische Lebensmittel in den Karren aufgehäuft und hüllen die Straßenzüge in ihren Geruch ein. Paprikaschoten, Knoblauch, Artischocken, stachelige, grüne Früchte, die die Käufer auf der Straße schälen, Auberginen häufen sich in bunten Bergen.

Schnecken, Muscheln und Krabben wimmeln in Fässern, weite Flächen glitzern silbern von aber tausend Fischlein. Grüngeäderte Gorgonzola, groß wie Mühlräder, ist auf dem Bürgersteig aufgestapelt, Rehe und

Hasen aus weißem Käse erfreuen die Kinder. Dazwischen preisen die Verkäufer mit lautem „Billig, billig!“ ihre Ware an.

Das ist wirklich eine neue, eine andere Welt, fühlt Ingrid mit Entzücken.

Sie bewundert die Schaufenster, die mit Papierblumengirlanden und mit Oeldrucken in schreienden Farben, die durchweg leidenschaftliche Szenen darstellen, geschmückt sind. Zwischen den Wagen blinzeln beschaulich Katzen oder trillern Vögel in Käfigen.

Und wie herrlich ist erst die Konditorei des Salvatore Menelli.

Sie heißt „Pasticceria Dante“. Den Mittelpunkt des Schaufensters bildet ein Hochzeitskuchen. Bei feierlichen Gelegenheiten will man auch hier etwas Großartiges bieten. Das Brautpaar aus Zucker steht unter einem farbigen Baldachin, der von Tauben, natürlich gleichfalls aus Zucker, umflattert wird.

Daneben befinden sich Heilige aus Marzipan, rosenverzierte Törtchen und eine Abbildung des Domes von Padua aus Schokolade.

Denn die Menellis stammen aus Padua, wo der Großvater Salvatores noch heute eine kleine Pasticceria besitzt, die nach dem großen Künstler Giotto benannt wurde. Ingrid bewundert die Konditorei, Salvatore und die Vorliebe seiner Vorfahren sowohl für Kunst wie für Literatur.

Die Mutter Salvatores, eine dunkle, starke Frau, empfängt zwar ihn und Ingrid ohne Begeisterung, aber sie bekommen doch Geiato, ein leichtes Eis und farbige Kringel vorgesetzt.

Verwundert hört Ingrid die fremden Laute, die mit staunenswerter Schnelligkeit hervorgeprudelt werden, sieht die lebhaften Gebärden, die dunklen, südlichen Erscheinungen.

„Soll ich dir mein Zimmer zeigen?“ fragt endlich Salvatore Ingrid.

Sie willigt gleich ein.

Es gibt wohl nur wenige Zimmer, die so

wenig Sehenswürdigkeiten aufweisen. In dem schiefen, schmalen Raum steht nur ein Bett.

Durch das winzige Fenster sieht man die Wäscheleinen, auf denen die gestopften und geflickten Wäschestücke, die farbigen Bettbezüge der Nachbarschaft wehen.

Das Geschrei der Straßenhändler, einiger heiserer Grammophone, das Weinen von Kindern, das Geschrei der Frauen vermischt sich zu einer merkwürdigen Melodie.

Ingrid sieht die dunklen Augen Salvatores ganz nahe.

Sie ist bezaubert, es ist eine andere, eine neue, die südliche Welt.

13.

Shirley war es endlich gelungen, mit ihrem Freund zu sprechen. Doch es schien ihr, als wäre er keineswegs in so zuversichtlicher Stimmung wie er ihr vortäuschen wollte. Er sah gedrückt aus, ja, geradezu zerknittert, als lebe er in Angst, als wäre er auf der Flucht. Aber er führte doch noch das große Wort. Wenn man nur diese Worte betrachten wollte, stünde ihre Sache sehr gut. Shirley will ihnen glauben; daß er jetzt anders aussieht als sonst, bildet sie sich vielleicht nur ein... .

Er hat wieder einen Auftrag für sie: sie müsse danach trachten, einen Brief unbemerkt zu Marjorie Strong hineinzuschmuggeln.

Das wäre nicht so leicht, wie er sich das vorstelle, man beginne sie schon zu beobachten, besonders seit heute mittag, seit der Kartoffelgeschichte.

Sie kann nicht begreifen, warum ihn das so unwillig macht.

Wie man sich wegen einiger schlechter Kartoffeln aufregen könne, wenn es um Großes ginge. Ob sie denn nicht wüßte, was auf dem Spiele stünde? Sie gefährde durch solche Unvorsichtigkeit ihrer beider Zukunft. Nun beobachte man sie, wie sie selbst sage. Er selbst hätte genügend Sorgen, neugierig Spitzel von seinem Halse fernzuhalten.

SJV

Bezirk Westfalen

Laut Beschluß des Bezirksvorstandes findet unsere Bezirkskonferenz Sonntag, 14. Februar, vorm. 10 Uhr, in Herne, Heim der Arbeitersamariter, Behrensstraße, statt. Die Tagesordnung ist folgende:

1. Referat des Genossen Hoese: Die politischen Aufgaben des SJV.
2. Geschäfts- und Kassenbericht.
3. Anträge.
4. Wahlen.
5. Verschiedenes.

Die Namen der gewählten Delegierten sowie Anträge sind der Bezirksleitung bis zum 10. Februar zu melden.

Gäste sind auf der Konferenz herzlich willkommen.

Kampfbereit!

Die Bezirksleitung

I. A. Hans Hillebrand.

Frankfurt a. M.

Unhygienische Zustände im Milchhandel. Glegentlich einer Verhandlung vor dem Arbeitsgericht fiel ein Streiflicht auf die Organisation im hiesigen Milchhandel. Alle Milch, die von auswärts kommt, geht an die Osthafen-Molkerei. Diese gibt sie an ihre Konzessionäre, die Konzessionäre geben die Milch an die Unterkonzessionäre ab (8 Pf. wird am Liter Milch verdient!). Der Unterkonzessionär verkauft auf eigene Rechnung und Gefahr. Wird die Milch schlecht, hat er die Kosten am Bein. Der Unterkonzessionär ist der Polizei nicht gemeldet. Es besteht daher die Gefahr, daß nicht einwandfreie Milch an den Verbraucher gelangt. Der Gerichtsvorsitzende erklärte, er wolle der Polizei von diesen Dingen Mitteilung machen.

Muß sich der Versicherte operieren lassen? Ein Fuhrmann erlitt im Jahre 1925 einen Unfall. Eine sofortige Operation war notwendig. Nach vollzogener Operation erhielt der Fuhrmann zunächst die Vollrente. Später kürzte man die Rente auf 50 Proz., dann auf 10 Proz. Die Ärzte stellten sich nun auf den Standpunkt, daß der zurückgebliebene Nabelbruch durch eine gefahrlose Operation beseitigt werden könne. Der Rentenempfänger lehnte die Operation ab. Daraufhin strich man ihm die Rente ganz. Er legte Berufung ein. Die Sache kam vors Gericht. Der Vorsitzende meinte, man solle es doch mal mit einer Operation versuchen. Der Kläger lehnte es ab, das Versuchskarnickel zu spielen. Das Gericht sprach ihm die 10prozentige Rente wieder zu und begründete das damit, daß man dem Kläger die Operation nicht zumuten könne, da deren Ausgang zweifelhaft sei.

Eine Rede der Genossin Duby. Im großen Saale des alten Gewerkschaftshauses sprach am Samstag die Genossin Duby über „Die Frau und die Politik“. Ihre Rede war außerordentlich klar aufgebaut. Sie zeigte, daß der Kampf um das Recht der proletarischen Frau ein Stück proletarischen Klassenkampfes ist. Der Kapitalismus sei in der gegenwärtigen Situation nicht gewillt, der Frau weitere Rechte einzuräumen, er sei vielmehr bestrebt, die wenigen Errungenschaften zu beseitigen. Oft genug sei die Frau noch konservativer als der Mann. Sie verstehe nicht immer, daß ihr Mann Opfer bringen solle, unter denen die Familie zu leiden habe. Sie müsse dem Manne im politischen Kampf Kamerad sein und mit ihm Schulter an Schulter kämpfen. In der Debatte sprachen vier kommunistische Genossinnen, drei von der KPD und eine vom Leninbund. Bemerkenswert, daß die kommunistische Parole „Einheitsfront unter kommunistischer Führung!“ nur recht verschämt vorgebracht wurde.

Walter Loeb legt sein Stadtverordnetenmandat nieder. Der sozialdemokratische Stadtverordnete Walter Loeb, der kürzlich im Favagprozeß von sich reden machte, hat sein Stadtverordnetenmandat niedergelegt.

Ein katholischer Geistlicher über den Kulturwert des Theaters. Prof. Overmann sprach in einem Werbevortrag für die Opernhilfe über den Kulturwert des Theaters. Der Besuch war schlecht. Der Herr Professor will natürlich nichts von einem „Diskussionstheater“ wissen. Nur keine Zeitprobleme auf der Bühne darstellen! Die armen Menschen sind von der Arbeit schon müde genug. Sie wollen nicht denken. Und dann hat die Bühne eine andere Aufgabe, als soziale Spannungen, Gegensätze und Probleme zu erörtern. Sie soll den Menschen zur inneren Harmonie bringen. Also: kein Zeittheater, denn das wirkt revolutionierend.

Arbeitsgericht: Wenn Nazis beraten. Ein Schrankenwärter klagte auf Gewährung einer 60prozentigen Unfallrente. Man hatte ihm seinerzeit infolge eines Unfalls das Bein abgenommen. Die Reichsbahn hatte ihn nach dem Unfall auf Lebenszeit angestellt. Sie stellte aber die Bedingung, daß er keine Unfallrente beanspruche. Nun pumpen ihn seine Nazifreunde auf, er solle sich den Entzug der Unfallrente nicht gefallen lassen. Der Anspruch des Schrankenwärters auf Unfallrente war gerechtfertigt. Jedoch in demselben Moment, in dem er Rente bezieht, braucht ihn die Reichsbahn nicht weiter zu beschäftigen. Mit der Gewährung der Unfallrente ist der Vertrag hinfällig. Der Vertreter der Reichsbahn setzte sich denn auch recht warm für die Gewährung der Unfallrente ein. Vor der Urteilsverkündung setzte der Sekretär des Zentralverbandes der Invaliden dem Mann diese Zusammenhänge auseinander. Dieser zog daraufhin rechtzeitig die Berufung zurück. Hätte der Schrankenwärter dem Rat seiner Nazifreunde gefolgt, er säße heute auf dem Pflaster.

Nazikaserne in Grimheim. Auf dem Gelände der Spielwarenfabrik „Futura“ im Grimheimer Weg haben die Nazis eine SA-Kaserne errichtet.

Köln

Etwas bleibt schon hängen. Die Kölner KPD hatte in den letzten Tagen in den Kölner Vororten Versammlungen mit dem Thema „Hindenburg oder Thälmann“, in denen zu der kommenden Reichspräsidentenwahl Stellung genommen werden sollte. In einer Ehrenfelder Versammlung, in der Bezirksleiter Bästlein referierte, gelang es unserem Genossen Amann, den nationalistischen Unfug des Referenten unter großem Beifall der Versammlung zu brandmarken. Sachlich konnte man den Ausführungen Amanns nicht beikommen, deshalb mußte getreu dem obigen Wahlspruch persönliche Verunglimpfung dazu dienen, den Worten unseres Genossen Abbruch zu tun. Man warf ihm vor, bei dem letzten Notstandsarbeiterstreik Streikbrecherdienste geleistet zu haben. Trotzdem Amann zur Richtigstellung ums Wort bat, wurde ihm dasselbe verweigert. Einem anderen SAP-Genossen entzog man ebenfalls das Wort, als er versuchte, diese Angelegenheit richtigzustellen. Worin bestanden nun diese „Streikbrecherdienste“? Vorab ist zu bemerken, daß alle Maßnahmen des Betriebsrats Fuhrpark, die mit dem Streik der Notstandsarbeiter in Verbindung zu bringen sind, gemeinsam mit den drei Mitgliedern des Betriebsrats, die der RGO angehören, getroffen und durchgeführt wurden. Gemeinsam wurde beschlossen, den Stammarbeitern zu sagen, wo eine Durchführung der Arbeit nicht möglich ist, in den Betrieb zurückzukehren. Diese Maßnahme war notwendig, weil selbst in einer RGO-Versammlung die Betriebsräte der RGO sich gegen eine Beteiligung der ständigen Arbeiter am Streik der Notstandsarbeiter ausgesprochen haben. Richtig ist weiter, daß auf Antrag Amanns die Polizei aus den Betrieben zurückgezogen wurde; richtig ist weiter, daß Amann an dem betreffenden Sonntag die ständigen Arbeiter veranlaßt hat, in das Depot zurückzukehren, d. h. die Arbeit einzustellen. In einer Besprechung am nachfolgenden Tage wurde selbst von einem RGO-Betriebsrat in Anwesenheit Bästleins der angeführte Sachverhalt bestätigt. Trotzdem bringt das hiesige Kommunistenblatt einen großen Artikel, woraus wir nur folgender Auszug bringen wollen: „Eine schwere Niederlage bereiteten die Arbeiter dem SAP-Mann Amann in der Versammlung in Ehrenfeld, in der sie ihm seine Streikbrecherarbeit bei dem letzten Streik in den Kölner Gemeindebetrieben nachwiesen...“

Duisburg

„Säumige Angestellte.“ Unter dieser Ueberschrift berichtet die „Vosti“ vom 5. Februar über die Jahreshauptversammlung des Zentralverbandes der Angestellten. Daß die bisherigen Schildhalter der SPD in starke Bedrückung gekommen sind, darüber liest man in der „Vosti“ kein Wort. Wäre es umgekehrt gewesen, dann wäre die SAP wieder der kleine Gernegroß gewesen. Der bisherige Vorsitzende Jos. Schneider, ein echter Kleinbürger, wurde durch unseren Genossen Falkenstein ersetzt. Unsere Genossen waren zur Stelle, und es ist zu hoffen, daß auch im ZDA nun etwas frische Luft weht. Gerade im ZDA wäre eine straffe Organisation notwendig.

Die Gruppe Angestellte und Beamte im Gesamtverband hielt im Gewerkschaftshaus ihre Jahreshauptversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand ein Referat des Gewerkschaftsangestellten Pawlik von der Bezirksleitung in Essen über die Notverordnung vom 8. Dezember und ihre Auswirkung auf die Angestellten und Beamten. Die Ausführungen des Referenten waren nichts als eine Verteidigung der Tolerierungspolitik, wie sie von der SPD und leider auch von der Führung der freien Gewerkschaften betrieben wird. In der Diskussion trat Genosse Triebel (KPO) dem Referenten mit schlagenden Argumenten entgegen, wofür ihm der Beifall der übergroßen Mehrheit der Anwesenden zuteil wurde. Bei der Neuwahl des Vorstandes versuchte die Verbandsbürokratie unter faden-scheinigen Gründen, den alten Vorstand, insbesondere den 1. Vorsitzenden Eisfeld (SAP) abzusagen. Dieser Versuch gelang gründlich daneben. Genosse Eisfeld wurde in geheimer Wahl mit großer Stimmenmehrheit wiedergewählt. Darüber hinaus wurden noch neu in den Vorstand hineingewählt Triebel, (2. Vorsitzender), Cremer (1. Schriftführer) sowie Protzler und Schumann als Beisitzer. — Auch diese Versammlung hat gezeigt, daß es sich in den Gewerkschaften regt und daß die Mitgliederschaft nicht gewillt ist, auf Gedeih und Verderb Tolerierungspolitik mitzumachen. Die Versammlung hat bewiesen, daß Diskussionen trotz verschiedenster politischer Auffassungen möglich sind und das Ziel der Einigkeit aller Schaffenden kein Phantom ist.

Dortmund-Marten

Eine Mitgliederversammlung der SAP-Ortsgruppe wurde am Sonnabend in der Turnhalle abgehalten. Nachdem die Delegierten zum Bezirksparteitag Westfalen-Süd gewählt worden waren, bekam Genosse Decker, Lütgendortmund, das Wort zu einem Vortrag über Schutzbundfragen. Die vom Bezirk Westfalen-Süd ausgearbeiteten Richtlinien für den Schutzbund würden auch von uns akzeptiert, wenn man sie als Reichsrichtlinien annehmen würde. Mit den provisorischen Richtlinien können wir uns nicht befreunden. Mehrere Neuaufnahmen waren das Ergebnis der Versammlung. Für die am 15. Februar, 15 Uhr, festgesetzte öffentliche Versammlung

mit dem Genossen Seydewitz befürchten wir, daß der Kortmannsche Saalbau zu klein werden wird, da die ausgegebenen Vorverkaufskarten reißenden Absatz finden. So bleiben wir in Marten weiterhin aktiv mit der Losung: Vorwärts auf der ganzen Linie!

Groß-Dortmund

Am Sonntag fand die Generalversammlung des Ortsvereins Groß-Dortmund statt. Genosse Lohoff, Bochum referierte über das Thema: „Die wirtschaftliche und politische Lage.“ Nach diesem Referat setzte eine lebhafte Debatte ein. Genosse Babucke gab dann einen kurzen Geschäftsbericht und betonte u. a., daß seit der Gründung des Ortsvereins, trotz des schwierigen Bodens, der zu bearbeiten ist, gute Fortschritte gemacht worden sind. Zu Groß-Dortmund gehören 10 Ortsgruppen mit etwa 500 Mitgliedern. Zum Schluß wies Genosse Babucke auf die nächstliegenden Arbeiten hin und forderte die Parteimitglieder zu größter Aktivität auf. Genosse Franke gab den Kassenbericht und bat die Vertreter der Ortsgruppen, ihren Verpflichtungen pünktlicher nachzukommen. Der Vorstand wurde fast einstimmig wiedergewählt. 1. Vorsitzender Heinrich Babucke, Schlichterstr. 26. 2. Vorsitzender Willy Karrelmeier, Fliederstr. 4. Genosse Franke wies noch auf die am 5. Februar im „Kölnischen Hof“ stattfindende Seydewitzversammlung hin.

Dortmund-Aplerbeck

Am Montag sprach Genossin Wigmann, Berlin, in einer öffentlichen Versammlung über das Thema: „Wie schaffen wir die Einheitsfront! Tolerieren oder kämpfen!“ Die Ausführungen der Referentin, die sehr sachlich und überzeugend sprach, fanden bei dem größten Teil der Anwesenden begeisterte Zustimmung. In der Diskussion sprach nur ein KPD-Mann. Gegen das Referat hatte er nichts einzuwenden. Er war aber der Meinung, daß die Einheitsfront nur unter der Führung der KPD zustande kommen kann. Die SPD hatte es vorgezogen, keinen Redner vorzuschicken.

Ahlen

Konterrevolution oder proletarische Einheitsfront. Mit diesem Thema findet am kommenden Sonntag, vorm. 10 Uhr, im Centraltheater (Kappert) eine gemeinsame öffentliche Versammlung der SAP und KPO statt, mit der das überparteiliche Abwehrkartell zum erstenmal an die Öffentlichkeit tritt. Genossinnen und Genossen, diskutiert über diese notwendige proletarische Maßnahme und sorgt für Bekanntwerden der Versammlung im Betrieb und Stempelstelle.

Solingen

Dr. Fritz Sternberg, Berlin, spricht am 18. Februar, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Ohligs, Kölner Straße, über das Thema: „Die SAP zeigt den Weg aus der Krise.“ Zu dieser Versammlung ladet die SAP-Stadtgruppe Ohligs alle Arbeiterorganisationen ein.

Die Gießereiarbeiter der Firma Raspe in Solingen-Stöcken waren wegen Lohndifferenzen in den Streik getreten. Die Firma verlangte einen 8prozentigen Abzug. Bei den Verhandlungen mit der Firma hatte die RGO-Vertretung, deren Mitglieder in der Abteilung Gießerei die Mehrheit bilden, jeden Abzug abgelehnt, mit dem Bemerkten, im Kampfe bis zum Letzten auszuhalten, während die Kollegen des DMV in Anbetracht der ungünstigen Umstände 3 Prozent Lohnsenkung anerkennen wollten. Nach dem Scheitern der Verhandlungen der Gewerkschaften legte die Belegschaft geschlossen die Arbeit nieder. Die RGO bemächtigte sich der Streikleitung; dieser Streik sollte unter ihrer Flagge geführt werden. Der anfängliche Kampfesmut der RGO sank aber schnell auf den Nullpunkt. Die Ursache dieser schnellen Wandlung waren nicht die einzelnen Streikbrecher, die die Firma zu beschaffen wußte; denn es war bekannt, daß die Firma mit diesen nichts anfangen konnte. Nein, die Ursache der Kampfmüdigkeit war das Ausbleiben der Unterstützung. Erst als die RGO merkte, daß trotz aller Stimmungsmache der „Bergischen Arbeiterstimme“ die Sache für sie brenzlich wurde, zahlte sie den Streikenden einen Teil der versprochenen Unterstützung aus. Die Enttäuschung und der Unmut der Streikenden war groß, zumal die Front merklich abzubreckeln drohte. Nach bevor der Streik abgebrochen war, nahmen 11 Arbeiter, darunter sechs RGO-Leute und drei Unorganisierte, die Arbeit wieder auf. Die Folge dieses ohne die notwendigsten Vorbereitungen herbeigeführten Streiks ist, daß eine Anzahl Arbeiter nicht wieder in den Betrieb hineinkommen, davon ist der weitaus größte Teil im DMV organisiert. Der DMV hat allerdings während des ganzen Kampfes nicht die Tatkraft entfaltet, die seine streikenden Mitglieder erwartet hatten. Es gilt jetzt, die Lehren aus diesem Kampf zu ziehen. Nicht RGO, sondern hinein in die freien Gewerkschaften und durch aktive Betätigung eines jeden die Voraussetzung für erfolgversprechende Kämpfe schaffen, das ist das Gebot der Stunde.

Ratingen

Stadtverwaltung und Beamtenbesoldung. In einem längeren Schreiben an die Presse, das auch uns zugeht, verwarft sich die Stadtverwaltung dagegen, daß „die Hetze gegen die Besoldung der städtischen Beamten“ nicht nachlasse, trotzdem die im Jahre 1928 von den Stadtverordneten auf Grund des Preußischen Besoldungsgesetzes beschlossene Besoldungsordnung für städtische Beamte und Angestellte die Genehmigung der Aufsichtsbehörde gefunden habe und die Stadtverwaltung in den

zuständigen Ausschüssen und der Presse genügend Aufklärung gegeben habe. Die endgültige Festsetzung der Gehälter auf Grund der Notverordnung unterliege augenblicklich noch der Nachprüfung der Aufsichtsbehörde. Nach Abschluß erfolge auch hierüber Aufklärung. Die bis jetzt durch Notverordnungen erfolgten Gehaltssenkungen betrügen bereits im Durchschnitt 21 Prozent. Weiter sagt die Stadtverwaltung, daß die Nachprüfung der Gehälter des Bürgermeisters und des besoldeten Beigeordneten zum Abschluß gekommen sei. Dabei sei das Gehalt des Bürgermeisters um eine Gruppe gesenkt worden. Dies bedeute zu der notverordneten Senkung um rund 21 Prozent eine weitere Gehaltskürzung um 7,3 Prozent gegenüber dem Gehalt vom Jahre 1927. Durch die bis jetzt erfolgten Senkungen seien auf das Jahr umgerechnet 57 000 Mark Etats-einsparungen eingetreten. Hinzu kämen noch 12 000 Mark Ersparnisse bei der Ruhegehaltskasse. Deshalb — sagt die Stadtverwaltung — könne von einer Bevorzugung oder Besserstellung der städtischen Beamten und Angestellten gegenüber derjenigen bei andern Behörden keine Rede sein. — Soweit die Ansicht der Stadtverwaltung. Hierzu ist zu sagen, daß von einer „Hetze gegen die Besoldung der städtischen Beamten und Angestellten“ doch wohl kaum die Rede sein kann. Wenn trotzdem die Stadtverwaltung glaubt, diesen Vorwurf erheben zu müssen, so ist es hieran nicht ganz unschuldig. Warum hat sie, anstatt die wirklichen Gehaltssummen der Beamten und Angestellten zu nennen, nur immer von der Eingruppierung gesprochen? Auch in dem jetzigen, der Presse übermittelten Schreiben vermeidet sie es ängstlich, der Öffentlichkeit das wirkliche Gehalt des Bürgermeisters mitzuteilen. Nur so ist möglich, daß phantastische Zahlen genannt werden. Solange die Stadtverwaltung sich nicht bequemt, die Zahlen zu nennen, hat sie kein Recht, von einer „Hetze gegen die Besoldung der Beamten“ zu sprechen.

Öffentliche Erwerbslosenversammlung. Donnerstag, 11. Februar, findet um 19 Uhr bei Knops eine öffentliche Erwerbslosenversammlung mit wichtiger Tagesordnung statt. Wir ersuchen die erwerbslosen SAP-Genossen um restlose Beteiligung.

Weitere Senkung der Preise für Gas und Lichtstrom. Nachdem bereits am 1. Februar die städtischen Werkstarife um je einen Pfennig gesenkt wurden, erfolgt am 1. März eine weitere Senkung der Preise für Gas um 2 Pfennig pro Kubikmeter und für Lichtstrom um 1 Pfennig pro Kilowatt.

Hamborn

Alljährlich gedenkt die revolutionäre Arbeiterschaft der Märzopfer. Die Arbeiter Hamborns demonstrieren und geloben an den Gräbern der gefallenen Klassengenossen, mit aller Kraft, für die Befreiung des Proletariats zu wirken. In diesem Jahre hat die Märzfeier ganz besondere Bedeutung, gilt es doch, dem zur Macht drängenden Faschismus zu zeigen, daß das Proletariat entschlossen ist, den Kampf aufzunehmen. Je geschlossener und einheitlicher dieser Wille zum Ausdruck kommt, desto stärker wird im entscheidenden Augenblick nicht nur die Verteidigung, sondern darüber hinaus der Angriff auf den Faschismus sein. Benutzen wir daher die diesjährige Märzfeier, um den ersten Schritt in dieser Richtung zu tun. Genau wie unsere gefallenen Klassengenossen, Schulter an Schulter, ohne nach dem Mitgliedebuch zu fragen, dem Ziele der Befreiung ihr Leben opferten, so wollen auch wir trotz Meinungsverschiedenheiten, wenigstens bei der Märzfeier einheitlich marschieren und gemeinsam geloben, uns der gefallenen Brüder würdig zu zeigen, dadurch ehren wir deren Andenken am besten. Wir schlagen eine gemeinsame Konferenz zwecks Vorbereitung für die Märzfeier vor. Falls eure Mitglieder hiermit einverstanden sind, ersuchen wir auf beiliegender Karte uns mitzuteilen, wer als euer Vertreter zur Vorbesprechung eingeladen werden soll.

Herford

Das erweiterte Schöffengericht von Bielefeld verurteilte am Freitag Kommunisten, die von Nazis provoziert worden waren, wegen schweren Landfriedensbruchs: den ersten zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, drei andere zu je einem Jahr Gefängnis. Gegen sämtliche Angeklagte wurde wegen Fluchtverdachts und wegen der Gefahr der Verdunkelung sofortiger Haftbefehl erlassen. Die Angeklagten wurden im Gerichtsaal verhaftet. Und die Nationalsozialisten? Selbstverständlich wurden sie freigesprochen.

Organisationsnachrichten

- SAP Groß-Dortmund: Montag, 15. Februar, 20 Uhr, im „Kölnischen Hof“, Markt, spricht Genosse Seydewitz in einer öffentlichen Versammlung über das Thema: „Weltwirtschaftskrise, Faschismus und die Aufgaben der Arbeiterklasse.“
- SAP Dortmund-Marten: in öffentlicher Volksversammlung spricht am 15. Febr., 15 Uhr, Gen. Max Seydewitz, Berlin, über das Thema: „Weltwirtschaftskrise, Faschismus und die Aufgaben der Arbeiterschaft.“ im Kortmannschen Saalbau.
- SAP Lütgendortmund: Zur Teilnahme an der Seydewitz-Versammlung in Dortmund-Marten am 15. Februar treffen sich die Genossen um 13.30 Uhr im Parteilokal Böckenkamp.
- SAP Hamborn: Sonntag, 14. Febr., vorm. 10 Uhr, spricht Gen. Dr. Fritz Sternberg, Berlin, in einer öffentlichen Versammlung der SAP im Saal Kaspers, Johannismarkt. Sorgt für Massenbesuch.
- Deutscher Freiheitskämpferverband Hamborn: Sonntag, 14. 2., 15 Uhr, im Volkshaus, Mittelstraße, Mitgliederversammlung.
- DMV Ratingen: Freitag, 12. Febr., 20 Uhr, im Volkshaus, Bezirksversammlung.
- SAP Metallarbeiter Ratingen: Auf die Freitag, 12. Febr., 20 Uhr, im Volkshaus stattfindende Versammlung wird hingewiesen. Zusammenkunft der SAP-Metallarbeiter 19 Uhr, im Volkshaus.
- SAP Groß-Frankfurt a. M., Distrikt Nordost: Dienstag, 16. Februar, 20 Uhr bei Walter, Weberstraße 84, Mitgliederversammlung. Gen. Prof. Salomon spricht über „Die Aufgaben des Schutzbundes“.

Sportschau der SAZ

Schwimmfest in Lichtenberg

Im Lichtenberger Hubertusbad veranstaltete die Gruppe Lichtenberg der Freien Schwimmer Groß-Berlins ein Schwimmfest. Der Besuch war außerordentlich zufriedenstellend. Die Leistungen waren sehr gut und wurden von den Zuschauern durch starken Beifall belohnt. Nach der Eröffnungsansprache lenkte die jüngste Abteilung durch einen Mädchenreigen die Aufmerksamkeit auf sich. Dem wunderbaren Reigen schlossen sich Rettungsvorführungen der Knaben an. Eine besondere Note aus dem Programm verdient der Frauenreigen. Die exakten Übungen sowie die Sicherheit im Schwimmen imponierte am meisten.

Ein hartnäckiger Kampf entwickelte sich in der 4 x 100 m Lagenstaffel. Brust an Brust kämpften Lichtenberg und Hellas. Erst der Schlussmann von Hellas holte einen knappen Vorsprung heraus. 5 Min. 6 Sek. ist eine gute Leistung und liegt nur 2 Sek. hinter dem Bundesrekord zurück. Allerdings mußte Hellas distanzieren werden. Eine interessante Angelegenheit war die Brust-Schwelldstaffel. Hellas, Charlottenburg und Lichtenberg lösten sich dauernd in der Führung ab. Nach und nach gab es dann nur noch einen Zweikampf zwischen Hellas und Lichtenberg, den Lichtenberg dann für sich entschied. Von den Kindern gefiel dann noch das Gruppenspringen. Das Jugend-Wasserballspiel zwischen Lichtenberg und Frankfurt-Oder endete 6:1 (3:1). Männer Lichtenberg—Möwe 4:6.

Resultate.

Kraufstaffel 10 x 50 m für Männer: 1. Hellas 5:10,5 Minuten; Jugend-Bruststaffel 4 x 100 m (Männlich): 1. Charlottenburg 8:19,3; Lauf B: 1. Frankfurt-O. 2:30,5; Männer-Lagenstaffel: 4 x 100 m: 1. Hellas 5:16; 2. Lichtenberg 5:11; Jugendstaffel 4 x 50 m (Weiblich) (Lagen): 1. Union 2:14,4; Frauen-Lagenstaffel 3 x 50 m: 1. Neukölln 2:14,6; Männer-Brustschwelldstaffel: 1. Lichtenberg 7:15.

Sport in Hamburg

Auf dem Sportplatz Borgweg (Stadtspark) war am Sonntag, 6. Februar, Hochbetrieb. Ein großer Teil der Handball-Mannschaften und die Fußballmannschaft der Freien Turn- und Sportvereine Hamburg von 1893 e. V. hatten sich ihre Gegner zu Serien- oder Börsenspielen verpflichtet, deren Ergebnisse wie folgt waren:

Handball

Hamburg 93 I—Fichte-Eimsbüttel I 1:5 (1:1). Der unberechenbaren Mannschaft von Hamburg 93 hatte man ein Unentschieden, wenn nicht gar einen Sieg, über den Kreismeister Fichte-Eimsbüttel zugezogen. Die mangelnde Beständigkeit in den Leistungen ließ es aber anders werden, und Fichte-Eimsbüttel konnte verdient siegen.

Hamburg 93 II—Fichte-Eimsbüttel II 1:1. Hamburg 93 III—Rotenburgsort II 3:1. Hamburg 93 IV—Bergedorf II 3:2. Hamburg 93 V—Blankenese I 5:3. Sportlerinnen: Hamburg 93 I—Hammerbrook I 0:1.

Fußball

Hamburg 93 I—F. C. Altona I 10:1. Der durch das Ergebnis ausgedrückte Unterschied in der Spielstärke ließ Hamburg 93 leicht siegen, machte das Spiel selbst aber uninteressant.

Arbeitersport am Kyffhäuser

Am Sonntag unternahm der Sportverein Kelbra eine Spielreise in den Erfurter Bezirk. Leider waren die Mannschaften von Spielbegehr verfolgt und mußten in Niederlagen heimwärts ziehen.

Handball

Kelbra I—Freie Turner Erfurt I 5:6 (1:4). Gleich nach Anpfiff schnelles Tempo. Kelbra führt 1:0. Erfurt wird überlegen und schraubte bis Halbzeit auf 4:1. Nach Pause kommt Kelbra in Form. Aber zum Siege reicht es nicht aus — Kelbra I—Sommerda I 3:10 (3:4). Kelbra legte innerhalb weniger Minuten auf 2:0 vor. Doch Sommerda wurde mit ihren Angriffen wuchtiger und verschaffte sich die Führung. Nach der Pause machte sich die erstarrte Kelbra bemerkbar. Kelbra war nicht so schlecht, wie obiges Resultat es vermuten läßt.

Fußball

Kelbra I—Sommerda I 0:11 (0:5). Anfangs versuchte Kelbra standzuhalten. Doch Sommerda zeigte sich als eine Klasse besser — Kelbra II—Sommerda II 1:3 (0:2). Sommerda war in allem leicht überlegen. Doch Kelbra schlug sich tapfer.

Der Bezirkstag im Zwickauer Bezirk

findet am 21. Februar in Steplems statt und beginnt früh um 9 Uhr im Turnheim. Tagesordnung: 1. Berichte; 2. Jahresplan; 3. Anträge; 4. Neuwahlen — Das Delegationsrecht steht nur den Sportern zu — Mitzubringen sind: Mandat, Mitgliedsbuch, Partei- u. Gewerkschaftsausweis und evtl. Kirchenaustrittsbescheinigung.

Volksbühne Rose-Theater

Di 1. Norden 94
Mittwoch u. Donnerstag 8 Uhr
Liliom
mit Hans Albers
Der Bettelstudent

Lichtspiele am Steintor Bahnhof

Invaldenstraße 12/
Tonfilm-Tageskino

Hauptmann von Köpenick

das große Beiprogramm
sowie die
neueste Fox-Tonend-Wochenschau

Hessen und Hessen-Nassau Fußball-Meisterschaftsfrage weiter ungeklärt — Egelsbach geschlagen; unentschieden in Frankfurt!

In den Spielen um die Meisterschaft des 9. Kreises scheint sich das Glück nun doch Naunheim zuzuwenden, da der VfL 13 den Bockenheimern zu ihrem ersten Punkt verhalf und im günstigsten Falle Punktgleichheit erkämpfen kann. In der Tabelle führen nun Naunheim und Egelsbach mit je 7 vor VfL 13 Frankfurt mit 5 Punkten.

Im „Frankfurter Derby“ rang die Fr. F. Rockenheim durch ein 3:3 dem VfL 13 durch gute Leistungen vor der Pause (2:0) einen wichtigen Punkt ab, während die Bockenheimer in der mit kolossaler Härte durchgeführten zweiten Hälfte den verdienten Ausgleich erzwingen konnten. Der Sieg blieb ihnen allerdings versagt, da die durch Platzverweis auf 10 Mann reduzierten Platzbesitzer diesen mit allen Mitteln verhinderten.

Das zweite Spiel, in dem Naunheim mit 5:2 (2:1) über Egelsbach triumphierte, stellte erneut die Gefährlichkeit der ersten Elf auf heimischem Boden unter Beweis. 3000 Zuschauer erlebten vor Halbzeit einen stets

offenen Kampf; als jedoch der Platzverein später überraschend auf 4:1 erhöhte, war das Schicksal der Gäste besiegelt. Trotz zeitweise überlegenen Spiels mußten sie noch ein fünftes Tor hinnehmen, ehe ihnen eine Verbesserung des Resultats gelang.

Die Meisterschaft des 2. Bezirks sicherte sich Frankfurt-Niederrad durch einen 5:1-Erfolg gegen Eschborn.

Privatspiele: ASV Westend Frankfurt—FSV 91 Fulda, Sachsenhausen 9:0 (4:0); VfL Bockenheim—Fr. F. Rockenheim Nord 9:4; Fr. F. Rockenheim—Hessenstamm 3:2; Münster—Stadtkönig 1:4; Arheilgen—FTG Darmstadt 4:1; Wschauen—FTG Pfungstadt 3:3; Gr. Zimmern Elberfeld 0:1; Marburg—Gießen 5:2; Niederwiesbach—Kl. Karben 6:3; Oberrosbach—Dorheim 1:0.

In der Handball-Meisterschaft alle punktgleich!

Nachdem Oberrodun nun auch Darmstadt — mit 3:1 — bezwang, stehen beide Mannschaften mit Frankfurt-Bockenheim punktgleich. Darmstadt war nur vor der Pause (1:1) ein gleichwertiger Gegner; später lagen die Platzbesitzer ständig im Angriff und stellten mit zwei schönen Toren den Sieg sicher. Es sind nun besondere Entscheidungskämpfe notwendig geworden.

Privatspiele im 9. Kreis: Frankfurt Sachsenhausen Süd gegen 3:3; Grödenheim b. D.—Dietesheim 6:2; FTG Mainz—Kassel 5:2; Gr. Biebrach—

Sächsische Sportschau

Fußball-Ueberraschungen in der Oberlausitz

Bei aller Knappheit der Eingänge ist doch mancher Spielverlauf direkt als ungeplante Ueberraschung zu bezeichnen. Wenn sich Ebersbach von Niederoderwitz schon mit 0:6 schlagen ließ, so darf man erst recht sich über das verlorene Spiel der erstklassigen Löbauer in Wilthen wundern. Eine Packung von 6:3 war nicht in den Bereich der Möglichkeit gezogen worden. Es ist aber nach dem Bericht ein Spiel gewesen, das sich in der Reihe der guten Darbietungen sehen lassen kann. Wenn man bedenkt, welche Stellung Wilthen evtl. in Zukunft bekleiden soll, so ist deren Anstrengungen das beste Lob zu zollen. Auch Singwitz knüpfte gegen Auritz mit einem 5:1-Siege an das geschenkte Vertrauen an, und auch Döbersehe ließ seinen guten Gegner aus Bautzen mit einer 5:2-Niederlage nach Hause ziehen.

Fußball im Zwickauer Bezirk

Torreiche Ergebnisse meldet der Zwickauer Bezirk. Reichenbach muß auswärts öfters Niederlagen einstecken, gegen Reinsdorf fiel sie gleich etwas hoch mit 6:2 aus. Zwickau Süd—Crimmitschau zeigten ein prächtiges Werbespiel, das Süd mit 5:1 als verdienten Sieger sah.

Oberhondorf konnte gegen die Thüringischen Gäste Pönitz nur ein knappes 3:2 herausholen. Der Gastetorwart hielt famos. Vielau—Marienthal 16:1 (!) Ein seltsames Ergebnis für 1. Klasse-Mannschaften. — Der andere Vertreter der Thüringer Klasse, Zeulenroda, erhielt in Netzschkau nach einem richtigen Katz-Mausspiel eine 10:1-Packung aufgebremst. Nochmals 11 Tore erzielten Crimmitschau und Pöhlau, allerdings brüderlich verteilt, 5:6 für Pöhlau. Werdau korigierte das Resultat vom Ausscheidungsspiel gegen Cainsdorf ganz gewaltig. Diesmal 1:1 unentschieden. Damaliges Ergebnis 10:0. — Wilkau zeigte auf dem hartgefrorenen Boden gegen Neukirchen die nützlichere Spielweise. Nach einer 4:0-Führung hielten die Gäste noch 2 Tore auf. Hartensdorf verarbeitete der Zwickauer Nordmannschaft (Neuling der 1. Kl.) mit 2:1 noch ein gutes Angedenken seiner bisherigen Klassengenossen.

Ebersbrunn ließ sich von den kampferfüllten Steinpleisern nicht beirren und gewann zwar knapp aber sicher (2:1). Niederhau IIa—Mülsen Niclas 14:5, Wilkau IIa—Rotschau I 3:1, Lichtentanne—Neuschönburg 1:3, Zwickau Süd II—Mosel I 4:2.

Im Handball

überraschte Niederhau I nach der angenehmen Seite und siegte über Planitz I 5:2. — Werdau I—Wilkau I 5:10. Dadurch, daß Wilkaus Außenstürmer in der zweiten Halbzeit den Fehler machten, ihre Posten zu

verlassen, entstand zeitweilig ein Gedränge vor dem Werdauer Tor. Gegen Schluß wurde das Spiel wieder offen, und Werdau setzte sich durch. — Turner Crimmitschau I—Zwickau I 5:14! Dieses Resultat läßt aufhorchen. Zwickau scheint sich zu einer äußerst spielstarken Mannschaft zu entwickeln. — Leubnitz I—Stöcken I 7:7. In der ersten Halbzeit führte Leubnitz 4:2. Erst in der letzten Minute gelang Leubnitz der wohlverdiente Ausgleich. — Wahlen I—Oberreichenbach II 3:2. — Schedewitz I—Wilkau II 4:4. — Haßlau II—Planitz II 1:5. Crimmitschau II—Zwickau II 4:5. Crimmitschau III—Zwickau III 4:6.

Jugend: Haßlau—Planitz 4:5. Werdau—Wilkau 4:4.

Knaben: Haßlau—Planitz 7:2. Wahlen—Oberreichenb. 3:1. Oberhondorf—Wilkau 9:0.

Resultate aus dem Vogtlande

Die Ergebnisse des Sonntags sind fast ausnahmslos Ueberraschungen. Wacker machte im Spiel gegen Treuen seinem guter Ruf alle Ehre. Auf beiden Seiten wurde viel geschossen. Als Treuens Torwart wegen einer Verletzung den Platz verlassen mußte, war Wacker eine Zeitlang im Vorteil, ohne jedoch etwas zu erreichen. 2:2 war das Resultat. — Kleinfriesen—Eintracht 7:2. Eine Ueberraschung brachte dieses Spiel. Zum erstenmal konnte sich Kleinfriesen gegen Eintracht behaupten. Die hohe Niederlage ist nicht zuletzt dem Ersatztorwart zuzuschreiben, welcher unbedingt drei Tore halten müssen. Der Sieg war für Kleinfriesen vollauf verdient, da Eintracht in der 2. Hälfte mächtig abbaute. Eintracht wird wohl seine Mannschaft etwas umstellen. — Ellefeld—Lauterbach 4:3. Nur die größte Aufopferung bedurfte es seitens Ellefeld, um die Kampfmannschaft Lauterbachs zu besiegen. — Rebesgrün—Rempegrün 5:2 (!!). Wegen des Spieles der Gruppenmannschaft in Oelsnitz mußten beide Mannschaften mit Ersatz antreten. Rebesgrün hat diesmal verdient gewonnen, zur Halbzeit lagen sie bereits mit 3:0 in Führung. — Dorfstadt—Rodewisch 3:0. Eine große Enttäuschung! Nach dem Sieg von Rodewisch über Falkenstein hatte man erwartet, daß von seiten Rodewisch ein interessantes und faires Spiel gezeigt würde. Das Gegenteil war der Fall. Das Endresultat war verdient, wenn auch Dorfstadt mit mehrfachem Ersatz und veränderter Aufstellung nicht befriedigen konnte. — Auerbach—Grün 4:0. Die Gäste entpuppten sich als eine Kampfmannschaft, wie man es eigentlich nicht erwartet hätte. Daß sie keine Tore erzielten, ist ihrem Sturm zuzuschreiben, der immer vor dem Tore des Platzbesitzers das Schießen vergaß.

2. Klasse

Haselbrunn I—VfL Reichenbach 2:3. — Wacker—Treuen 1:2. — Auerbach—Lengenfeld 1:3. — Dorfstadt—Rodewisch 4:0. —

Rebesgrün—Rempegrün 1:5. — Ellefeld—Lauterbach 2:1. — Eiche 5. Abt.—Pausa 2:4. — Eiche 5. Abt.—Pausa 2:3. — Haselbrunn Knaben—VfL Reichenbach Knaben 6:3.

Achtung Vereine!

Durch plötzliche Absage des Gegners sucht VfL Elsterberg Gegner für 21. Februar und 6. März auf eigenem Platze. Eilangebote an: Otto Berndt, Elsterberg, Gartenstr. 13.

Das Auswahlspiel in Oelsnitz

Spielv. 23 (Bezirksmeister)—Gruppenelf der 1. Gruppe 1:2

Der Platz befand sich in recht schlechter Verfassung. Bei 23 fehlte der Mittelstürmer, während die Gruppenmannschaft Ersatz für rechten Verteidiger, Halbrechts und Rechtsaußen zur Stelle hatte. Zahlreiche Zuschauer waren da, die einen wirklichen Großkampf zu sehen bekamen. Vom Anstoß weg entwickelte sich sofort ein flottes Spiel. Trotzdem war es den 23ern in der 10. Minute vergönnt, durch Halbrechts das Führungstor zu erzielen. Die Gruppenmannschaft fand sich nunmehr besser zusammen und leitete sehr schöne Angriffe ein, bei dem sich 23 des öfteren in Gefahr sah. In der 35. Minute war die Gruppenelf gut durch, der linke Verteidiger von 23 konnte nur noch den Ball ins eigene Netz befördern. Nach Wiederanstöß leitete die Gruppenelf wuchtige Angriffe ein, und der Kampf wogte hin und her. Schon glaubt alles an ein Unentschieden, da auf einmal ist der Sturm der Gruppenmannschaft durch. Der Schuß konnte zwar abgewehrt werden, aber der nachsetzende Linksaußen war zur Stelle und schoß unhaltbar zum 1:2 Stand ein.

Handball-Resultate

Haselbrunn I—5. Abt. I 13:3 (2:2). Das Resultat entspricht nicht dem Spielverlauf. — 4. Abt. I—Haselbrunn 3:4:1 (3:2). — Haselbrunn konnte nie gefährlich werden. — 1. Abt. I—1. Abt. 2:9:3 (3:2). — 1. Abt. Knaben—Haselbrunn I Knaben 0:18 (0:11). — Haselbrunn 2—Schwimmer 1:3:7 (1:2). — Schwimmer 2—Haselbrunn Jgd 0:1 (0:0). — 2. Abt. 2—1. Abt. I 2:8 (1:4). Der Gastgeber war vom Schlußbech verfolgt.

Raffball

Lauterbach 2—Tv. 1, 2:2:3 (2:1). Der Gastgeber mußte eine knappe Niederlage hinnehmen. — Lauterbach I—Tv. 1 I 1:6 (0:2). Der aufgeweckte Boden behinderte eine richtige Spielweise.

Organisationsnachrichten SAP

Bezirksverband Berlin: Sitzung des engeren Bezirksvorstandes Mittwoch, 10. Febr., 18 Uhr, im Sekretariat, Prenzlauer Allee 34.
Ortsgruppe Friedrichshagen: Mittwoch, 10. Febr., 20 Uhr, 3. Abteilung, Lokal Friebohl, Straauer Allee 31 Ecke Hohenlohestr.; 6. Abteilung, Lokal Jeschke, Tilsiter Straße 79.
Ortsgruppe Charlottenburg, Abt. Ost: Donnerstag, 11. 2., im Lokal Thunack, Wielandstr. 4. Thema: Politische Außenpolitik; Ref. Gen. Kleinbeist, Korref. Gen. Ziege.
Ortsgruppe Mitte: Mittwoch, 10. Febr., 20 Uhr, Abt. I, Nord, Lokal Regal, Ackerstraße Ecke Lindenstraße; Abt. I, Süd, Lokal Wolter, Runrestr. 17.
Ortsgruppe Lichtenberg: Mittwoch, 10. Febr., Mitglieder-Versammlung im Lokal Günther, Gürtelstr. 10, Ecke Dossesstraße, Ref. Gen. Lewy. — Malldorf beteiligt sich an der Lichtenberger Versammlung.
Ortsgruppe Wellensee: Mittwoch 10. Febr., 20 Uhr, Lokal Blazek, Wilhelmstr. 29, Mitglieder-Versammlung; Tagesordnung: Politische Tagesfragen; Ref. Gen. Seigewasser.
Ortsgruppe Tempelhof, Freitag, 12. Febr., 20 Uhr, Lokal Hühnow, Mariendorfer Chaussee 27 Ecke Kurfürstenstraße, Ref. Gen. Seigewasser, Thema: Ziele und Aufgaben der SAP.

SJV

Mitteilungen der Bezirksleitung:

Alle öffentlichen Jungarbeiterversammlungen des SJV müssen von allen Genossen und Genossinnen besucht werden.
Aktionsbezirk Nord-Ost: Donnerstag, 11. Febr., 19.30 Uhr, öffentliche Jungarbeiter-Versammlung; Thema: „Jungarbeiter fordern Klassenkampf.“ Eintritt 10 Pf., Erwerblos 5 Pf.
Erwerblosentwurf Groß-Berlin: Heute, 11. Febr., Heim Prenzlauer Allee 34. Thema: „Konflikt China—Japan.“ 14 Uhr, Kursus: Strategie und Taktik des proletarischen Klassenkampfes.
Heute, Mittwoch, 10. Februar, 19.30 Uhr: Baltenplatz: Streik.
Falkenberg-Grünau: Sportübungen.
Frankfurter Allee 1: Eisener Front — Rote Einheitsfront — Proletarische Einheitsfront
Lichtenberg: Arbeitsgemeinschaft Anna Hartock.
Siemensstadt: Arbeitsgemeinschaft.
Steglitz „Georg Ledebour“: Mitgliederversammlung. Aufgaben des SJV.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Roland Beutner, für Inserate Johannes Hoffmann. Verlag Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H. Druck Georg Koenig sämtlich in Berlin O 27 Magazinstr. 15/16. „SAZ“ Sozialistische Arbeiterzeitung erscheint täglich außer Montags
Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kuppergraben E 2 2904
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kuppergraben E 1 2905
Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM 2.40 einschließlich Bestellgeb. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM — 36 Zustellgeb. Durch den Verlag bezogen RM 2.10 und RM — 36 Zustellgeb. Unter Kreuzband RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1:30 Porto
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete
Alle Zahlungen sind zu leisten an: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H., Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7 Nr. 153 928

BESTELL-SCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung“

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: _____
Wohnort: _____
Straße: _____
monatlich . . . 2.40 RM inkl Bestellgeb
wöchentlich . . . 0.60 RM inkl Bestellgeb
bei Postbezug 2.10 RM zuzügl 36 Pf
Zustellungsgsbühr

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicken an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m.b.H. Berlin O 27, Magazinstr. 15/16

Stärkt unsern Pressefonds!

Schutzhandhemden!

Die Ortsgruppen wenden sich direkt an den Genossen
Kurt Baumann
Niederhau Zw., -usenbaler -tr. 51
Preis pro Hemd M.3.11 + Teillzahl.

Suche für meine Tochter, die zu Ostern aus der Volksschule entlassen wird, eine

Stellung als Hausgehilfin
in Privat- od. kinderlos. Geschäftshaus. Angebote erbeten an
A. Berger
Chemnitz, Gustav-Adolf-Straße 36

Werbi

für die

„SAZ“

Anzeigen-Werber

gesucht für Zusammenstellung von Bezugsquellenverzeichnissen einer Tageszeitung.

höchste Provisionen, sofort bares Geld!

Angebote sind zu richten unter „Postlagerkarte Nr. 78“ Berlin SW 48

SAP Der tägliche Vorwärtssch

Im Unterbezirk Plauen sind im Laufe des letzten Monats 160 neue Mitglieder der Partei beigetreten.

In Raxheim (Unterbezirk Frankenthal) wurde eine Ortsgruppe der Partei gegründet.

Nach einer öffentlichen SAP-Versammlung in Nünchritz bei Riesa trat als Diskussionsredner der SPD-Reichstagsabgeordnete Dobbert auf, mit dem Erfolg, daß zwei SPD-Mitglieder und neun Unorganisierte unserer Partei beitraten.

In Barmstedt bei Elmshorn wurden nach einer öffentlichen Versammlung zahlreiche Neuaufnahmen gemacht.

In einer von 1000 Personen besuchten, polizeilich gesperrten Versammlung in Gera, in der Genosse Seydewitz sprach, traten zahlreiche neue Mitglieder unserer Partei bei.

In Löbnitz (Erzgebirge) wurde eine Ortsgruppe der SAP gegründet.

In Dortmund-Marten wurden nach einer öffentlichen Versammlung eine große Anzahl neuer Mitglieder aufgenommen.

Kurzarbeiter zahlen „nur“ halbe Negersteuer

Ein „Erfolg“ der Sozialdemokratie

Die SPD verkündet mal wieder einen „großen Erfolg“. Durch Verhandlungen ihrer Vertreter mit dem Reichsfinanzminister ist es ihr, wie der „Abend-Vorwärts“ vom 9. verkündet, gelungen, eine Neuregelung der Bürgersteuer zu erreichen, nach der alle Arbeitnehmer, deren Einkommen unter dem steuerfreien Existenzminimum liegt, nur noch die Hälfte der Bürgersteuer zu zahlen haben. Das bedeutet, daß ein Arbeiter, dessen Einkommen so niedrig ist, daß man ihm keine Lohnsteuer abnehmen kann, „nur“ noch 13,50 Mark Bürgersteuer zu entrichten hat, anstatt, wie bisher, das Doppelte. Ein Riesenerfolg, daß ein Arbeiter, dessen Lohn nicht zur Befriedigung der elementarsten Lebensbedürfnisse ausreicht, eine für seine Verhältnisse ungeheuer hohe Summe dem Staat hinzuwerfen hat, der den Besitzenden, wie sich aus dem Steuereinkommen des Reiches ergibt, Hunderte und aber Hunderte von Millionen stundet, d. h., da Besitzsteuern „einzufrieren“ pflegen, in Wirklichkeit schenkt. Weit ist es mit der „sozialen Republik“ gekommen, die solche Anforderungen an Menschen stellen kann, denen das Nötigste zum Leben fehlt, noch weiter aber mit einer Partei, die einstmals gegen die „Negersteuer“, als die unsozialste aller Steuern, in den Wahlkampf zog und heute eine kleine Milderung dieses schreienden Unrechts ihren Anhängern als „Erfolg“ servieren kann.

Weiteres Anwachsen der Wohlfahrtserwerbslosen

Die Wohlfahrtserwerbslosen haben nach einer Meldung des Deutschen Städtetages im Januar weiter zugenommen. Allein in den Städten über 25 000 Einwohner (mit einer Gesamtbevölkerung von 25 Millionen) wurden Ende Januar 1 195 000 Wohlfahrtserwerbslose (Dezember 1 108 000) ermittelt. Das bedeutet eine Erhöhung von rund 8 v. H. Mehr als ein Zehntel der Wohlfahrtserwerbslosen (insgesamt 124 000) sind Jugendliche unter 21 Jahren. Außer den Wohlfahrtserwerbslosen mußten die Städte über 25 000 Einwohner Ende Januar noch 176 000 Empfänger von Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge laufend zusätzlich betreuen.

„Heil Hitler!“

Fritz Thyssen bekennt sich

Berlin, 9. Februar.

Ueber die Rede, die Adolf Hitler kürzlich auf der Geheimkonferenz im Industrieklub in Düsseldorf gehalten hat, brachte die nationalsozialistische Presse bezeichnender Weise kein Sterbenswörtchen. Wie die „Rheinische Zeitung“ aus sicherer Quelle erfahren hat, erklärte Hitler, er habe vor allem zwei große Ziele:

1. Die Vernichtung sämtlicher Gewerkschaften.
2. Die Wiederherstellung aller Rechte der freien Persönlichkeiten des Unheimertums.

Weiter schreibt die „Rheinische Zeitung“: „Die Aussicht auf die Rückkehr zum diktatorischen Herr-im-Hausetum rührte Herrn Fritz Thyssen so, daß er sich erhob, Hitler mit dem Freiherrn vom Stein verglich und u. a. sagte: „Schon einmal hat ein Nichtpreuße Preußen befreit“. Er hoffe, daß es nun wieder einem Nichtpreußen gelingen werde. In diesem Sinne: „Heil Hitler!“

Die „Rheinische Zeitung“ erklärt, diese Mitteilungen gegen jedes Dementi aufrecht erhalten zu können. Auch wir haben keinen Grund, an diesen Tatsachen zu zweifeln. Sie liegen durchaus auf der Linie von Hitlers Auftreten auf der Tagung des Deutschen Arbeitgeberverbandes im Rheinland und sind lediglich ein Beweis mehr für die engen Beziehungen zwischen der Führung der Nationalsozialisten und dem deutschen Scharfmacher.

Groener-Plädoyer für Hitler

Der neue Kurs im Reichswehrministerium

Wie schon vor einigen Tagen mitgeteilt werden konnte, hat der Reichswehrminister Groener jene Erlasse, die den Nationalsozialisten die Aufnahme in die Reichswehr versperren, aufgehoben. Nunmehr liegt der „Befehl“ im Wortlaut vor und mehr als alles andere zeigt er die große Kursänderung, die in diesem Ministerium neuerdings eingetreten ist. Der Befehl beginnt mit einer Belichtung der verschiedenen Wehrverbände nach der „psychologischen und staatspolitischen Seite“, wobei als erster und oberster Grundsatz aufgestellt wird, daß nur solche Wehrverbände Lebensberechtigung haben, „die die nationalen und staatspolitischen Ideale pflegen, und die ihre Hauptaufgabe in der körperlichen und geistigen Ertüchtigung ihrer Mitglieder sehen.“ Als dann wird „jede militärische Betätigung der Verbände“ als „zwecklose Soldatenspielerlei“ abgelehnt unter Hinzufügung der Versicherung, daß „wo ich — Groener — derartige Dinge, die zudem gesetzlich verboten sind, treffe, ich dagegen einschreiten werde.“ (Und Döberitz?)

Weiter wendet sich der Befehl gegen die Anmaßung polizeilicher oder sonstiger staatlicher Befugnisse durch die Verbände, um dann also fortzufahren:

„Deshalb werde ich auch die Vorbereitung einer Hilfspolizei, wie sie seinerzeit in den Köpfen gewisser Reichsbannerkreise spukte, oder die Organisation anderer Exekutivorgane, wie sie Herrn Dr. Best in Hessen vorschwebte, niemals dulden. Derartige Organisationen führen letzten Endes zu Arbeiter- und Soldatenräten oder ähnlichen Revolutionsgebilden.“

Wirklich, so steht es wörtlich in dem Befehl. Reichsbanner und Best, der Verfasser der hessischen Terrordokumente, werden in einem Satz genannt, als ob nicht das Reichsbanner — wie soeben wieder der „Vorwärts“ rühmt — der Schirmhalter des Kabinetts Brüning sei, dem doch auch der Unterzeichner des Befehls, Groener, und zwar gleich als doppelgewichtiger Minister angehört, und auch ganz unbekümmert darum, daß die Reichsbannerführung längst in die Hindenburg-Front eingeschwenkt ist.

Nur schmählicher Undank von einer Seite, die sich besonders gerne als reine Hüterin der sagenhaften „deutschen Treue“ aufspielt? Die SPD-Presse empfindet es so. Sie betrachtet es als eine Beleidigung, das doch die Farben der Republik tragende Reichsbanner in einem Atemzug mit jenen anderen genannt zu sehen, für die Schwarz-Weiß-Rot die symbolischen Farben sind. Doch der Eingeweihte versteht. Das Reichswehrministerium hat das Bedürfnis, sich gegen mögliche Verdächtigungen zu wappnen.

Das Entscheidende indessen folgt erst. Um „noch die hier und dort auftretenden Zweifel darüber zu klären, wann Bewerber aus politischen Gründen von der Einstellung in die Wehrmacht auszuschließen sind“, werden folgende Richtlinien aufgestellt:

„Grundsätzlich ist das Ehrenrecht eines jeden Deutschen, dem Vaterlande als Soldat zu dienen und seine Grenzen zu schützen. Bedauerlicherweise bin ich gezwungen, für gewisse Persönlichkeiten hierbei eine Grenze zu ziehen. Diese muß jedoch so eng wie möglich gehalten werden. Nur solche Bewerber dürfen abgelehnt werden, die erwiesenermaßen an Bestrebungen teilgenommen haben, die auf eine Aenderung der verfassungsmäßigen Zustände mit unerlaubten Mitteln gerichtet waren.“

Entgleisungen einzelner Führer oder Mitglieder von Verbänden können daher noch kein Grund zum Ausschluß aller Mitglieder derartiger Verbände oder Parteien sein.

Vollends ein Unding ist die Forderung, sich bei der Auswahl der Persönlichkeiten nach der Zusammensetzung der Regierungskoalition eines Landes zu richten. Das würde fortwährende Schwankungen der Folge haben und geradezu eine mit dem Wehrgesetz nicht zu vereinbarende Politisierung der Wehrmacht bedeuten, die ich auf das allerentschiedenste ablehne. Aufgabe der Landesverteidigung soll es gerade sein, das einigende Band gegenüber allen inneren Gegensätzen zu bilden. Etwas anderes ist es bei Mitgliedern von Parteien und Verbänden, die ihrem Programm oder ihrem tatsächlichen Verhalten nach gewillt sind, die Verfassung mit Gewaltmaßnahmen zu ändern.

Anhänger einer solchen Richtung sind als Soldaten unmöglich.

Die Entscheidung, ob eine Partei als verfassungsfeindlich in obigem Sinne anzusehen ist, ist aber durchaus nicht endgültig und feststehend.

Denn auch Parteien ändern sich in ihren Auffassungen.

Die Geschichte bietet dafür eine Reihe von Beispielen. Eine Ausnahme machen solche Parteien wie die Kommunistische Partei, die in ihrem Programm die revolutionäre Gesinnung und Staatsfeindlichkeit zur dauernden Grundlage ihrer Partei gemacht haben.“

Es folgt dann die Aufzählung weiterer Gründe, die zum Ausschluß von der Reichswehr berechtigen und zum Abschluß der nachfolgende Satz:

„Die Erlasse „Der Rw.-Minister Nr. 1605. 29. W Ia vom 16. 7. 1929“ und „Nr. 1397. 30. W Ia vom 10. 4. 1930“ hebe ich hiermit auf.“
gez. Groener.“

Diese nach so viel Weitschweifigkeit nur mit rätselhaften Buchstaben und Ziffern angebotenen Erlasse sind nun an dem ganzen Befehl das Entscheidende, denn mit ihnen sind eben jene Erlasse gemeint, die die Nationalsozialisten bisher von der Reichswehr fernhielten. Und damit ist auch der Schlüssel zum wirklichen Verständnis dessen gegeben, was der Befehl mit den beschriebenen Grundsätzen meint: die Hakenkreuzler haben trotz allem, was ihre Führer sagen und drohen, trotz Schwarz-Weiß-Rot und „Drittem Reich“, trotz Ueberfällen und Ordnungstörungen, die „nationalen und staatspolitischen Ideale“, die das Reichswehrministerium für den Eintritt in sein Heiligtum zur Voraussetzung macht, weil „die Entscheidung, ob eine Partei als verfassungsfeindlich in obigem Sinne anzusehen ist, durchaus nicht endgültig und feststehend ist. Denn auch Parteien ändern ihre Auffassungen“. Wozu nur hinzuzufügen wäre: auch Reichswehrministerien ändern ihre Meinungen. Und einstweilen ist diese Meinungsänderung sogar nur bei ihm, nicht aber bei jenen zu erkennen, für die die früheren Erlasse jetzt aufgehoben worden sind.

„Mit Zustimmung des Reichskanzlers“

Die amtliche Veröffentlichung enthält den Zusatz, daß der Erlaß „mit Zustimmung des Reichskanzlers“ ergangen sei, sich also nicht gegen die Politik des Kanzlers richte. Es zeigt von einem guten politischen Instinkt, daß dieser Zusatz als notwendig erachtet wurde. In der Tat gäbe sonst der Wortlaut der Deutung Raum, daß das Reichswehrministerium in Ermangelung besserer Gelegenheit einen Krieg gegen den Kanzler führe. Verhält es sich aber so, wie amtlich versichert wird, dann bleibt nur die weitere Schlußfolge-

zung, daß ebenso wie Parteien und Wehrminister auch Kanzler dem Gesetz der Wandelbarkeit der Meinungen unterworfen sind, was im Falle Brüning zu registrieren nicht ganz unwesentlich ist.

Die Stärke der Hitlerschen Privatarmee

Die Korrespondenz „Zeit-Nachrichten“ verbreitet die folgende, ungenau schätzende Nachricht über die Stärke der Hitlerschen Privatarmee allein in Berlin. Es wäre außerordentlich wichtig, wenn die arbeitende Bevölkerung von sich aus darauf achten würde, ob unbefugte Elemente sich nachts gelegentlich Zutritt zu den Häusern verschaffen, und wenn jeder für sein Teil dafür Sorge tragen wollte, daß solche ungelieblichen Zutritte unterbunden werden. Die „Z.N.“ sagen:

Die unter dem Kommando des Herrn Graf Heildorf stehende Gruppe (Division) Berlin der SA hat eine Stärke von 24 000 Aktiven und 48 000 Reserve.

Jeder der SA-Leute hat bei seiner vorbestimmten Dienststelle (Sturm-Kompanie) ein Duplikat seiner Haus- und Wohnungsschlüssel zu hinterlegen. Durch diese Maßnahme soll ein Alarm der gesamten Berliner SA an den betreffenden Stammstellen in 20 Minuten durchführbar sein. Diese Maßnahme hat auch die Nebenwirkung, daß Zutrittsende Berliner Wohnhäuser für die SA nachts zugänglich und kontrollierbar sind.

Jeder aktive SA-Mann erhält außer den sonstigen Leistungen an Kleidung und Nahrung eine tägliche Löhnung von 3 RM. Die NSDAP ist also in der Lage, allein für ihre Söldnergruppe in Berlin eine tägliche Barlohnungssumme von 72 000 RM. aufzubringen.

Für die Schlüsselammlung der Hitlerschen SA darf wohl das Interesse der zuständigen Polizeibehörden erbeten werden.

Neues Dreiklassenwahlrecht

Herrn Seldtes Pläne

Berlin, 9. Februar

Auf der Jahreshauptversammlung der Stahlhelm-Selbsthilfe in Magdeburg referierten die Bundesführer des Stahlhelm über die „Arbeiterfrage vom Stahlhelmstandpunkt“. Der Stahlhelmführer Seldte erklärte, der Stahlhelm fasse die Arbeiterfrage nicht als eine Lohnfrage, sondern als eine seelische Frage auf. Im kommenden Deutschland werde niemand in der Tiefe bleiben, der zum Befehlen geboren sei und niemand befehlen, der durch seine Begabung nicht dazu berufen sei. Bürger ist der, der in Deutschland arbeitet und schafft. Der soll eine Stimme haben. Und wer über eine solche treue Berufsarbeit hinaus noch freiwillig sich zeitweilig in den Dienst des Staats stellt, der erhalte den Titel Staatsbürger und damit eine zweite

Wahlstimme. Wer aber als freier Mann sich selbst mit seiner Existenz und seiner Waife bis in die hohen Mannesjahre hinein wehrwillig und wehrfähig dem Lande zur Verfügung stellt, der erhalte in unserem neuen Reich den Rang und Titel eines Wehrbürgers und eine dritte Stimme, um seiner Person und seinem wertvollen Worte Ausdruck und Gewicht in den entscheidenden Fragen des Vaterlandes geben zu können.

Also: ein neues Dreiklassenwahlrecht auf Grund der militärischen Qualifikation — das ist das Staatsideal des Stahlhelm. Und dem Ehrenpräsidenten dieses selben Stahlhelm will die Sozialdemokratie ihre Stimme geben. Wer wieder stramm stehen will vor Leutnantssäbel und Gaschenknopf, der geht hinein in die Hindenburg-alias Eiserne Front!

Mißtrauensantrag gegen MacDonald abgelehnt

London, 8. Februar.

Der Mißtrauensantrag der Opposition im Unterhaus wurde mit 438 gegen 39 Stimmen abgelehnt.

Daß der Mißtrauensantrag abgelehnt würde, stand von Anfang an außer Frage. Aber die gegen das Kabinett abgegebenen Stimmen bleiben hinter der Erwartung zurück. Die oppositionelle Labour-Fraktion zählt allein 48 Stimmen, dazu 7 Oppositions-Liberale, und außerdem rechnete man noch mit Abspaltungen aus der 80 Mandate umfassenden Regierungsguppe.

Trotzdem ist natürlich im liberalen Lager Mißstimmung genug vorhanden, ohne daß sie aber vorläufig zu praktischer Wirkung käme. Die Konservativen brauchen noch den Deckmantel der „nationalen Regierung“ und werden selbst den Zeitpunkt bestimmen, wann sie MacDonald und das liberale Anhängsel „in Gnaden“ entlassen. Aber vorher möchte man doch wohl die Empire-Konferenz unter Dach und Fach bringen und für die außenpolitischen Verhandlungen die „nationale Einheitsfront“ präsentieren. In dieser marschiert im wesentlichen ja auch die Arbeiterpartei mit, deren Mißtrauensvotum rein formaler Art war, indem es sich gegen die traditionsdurchbrechende Methode der Regierung MacDonald wandte, daß das Kabinett in der Frage des Zolltarifs „geteilter Ansicht“ sein dürfe. Nur der linke Flügel, d. h. die ILP, ergänzte das Mißtrauensvotum, indem er durch Abänderungsantrag die Behandlung der Arbeitslosigkeit und der indischen Frage als tadelnswert bezeichnete.

Ein Ehrlicher

Der Brigade-General Sugden, der am Sonntag in Leeds vor der Frauen-Sektion der Vereinigung ehemaliger Frontkämpfer sprach, fügte u. a. aus: „Mein Rat an England ist, die Gelben aufeinander losgehen zu lassen, während wir ihnen unsere Stoffe verkaufen.“

Was soll Japan schließlich tun? Es ist gezwungen, irgendeinen Abflußkanal für seinen Bevölkerungsbüschel zu finden.“

Zu gleicher Zeit werden in England Bittgottesdienste für das Gelingen der Abrüstungskonferenz abgehalten, und Geistliche predigen gegen Japan und Krieg. Aber das ist nicht so ernst gemeint. „Man“ kann auch anders und wird, wenn's wieder mal losgeht, auch wieder mal Waffen segnen. Da gefällt uns der Gaschenknopf doch besser, der unbekümmert, die feineren Wege der Diplomatie verschmähend, ausspricht, was die City meint. Für die anderen gilt noch immer das Wort des alten Fontane: Sie sagen Christentum und reinen Ketten. Aber das ist nicht nur in England der Brauch!

Spanien soll zahlen

Der „heilige Stuhl“ als Kassierer der Jesuiten
Madrid, 9. Februar.

Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß die kürzlich der spanischen Regierung durch den Apostolischen Nuntius überreichte Note des Vatikans gegen die Form protestiert, in der der Besitz des Jesuitenordens nationalisiert werden soll. Der Vatikankassierer ist der Ansicht, daß es sich um eine Enteignung und nicht um eine Konfiszierung handle und deshalb eine Entschädigung in Frage komme.



Königin Luise und der Deutschlandsender

„Ein Schloß-Konzert vor Königin Luise 1809.“ Im Fliesensaal des Königsberger Schlosses, Ostmarken-Rundfunk, übertragen selbstverständlich vom Deutschlandsender.

Wer nie sein Brot mit Tränen aß . . . Wie viele Arbeitslose mögen da herzerbrechend in ihre Sonntagabendkartoffelsuppe geschmeichelt haben über soviel unerträgliches Fürstenleid! Wie deutlich sehen alle treuen Seelen das zart gegliederte, tränenüberströmte Antlitz der 87-jährigen Königin, wie krampfhaft sich Herz und Stempelkarte zusammen, wie die Perlenzähnen appetitlos am pommerischen Schwarzbrot herumragen mußten!

Welch ein herrlicher Befreiungssturm aber durchbrauste am Schlusse des „historischen Konzerts“ die Seelen der treudeutschen Radiohörer, als ihnen mitgeteilt wurde,

daß es den Komponisten Himmel und Zelter scherzhafterweise gelang, sich vom Tische der zuhörenden, vor Kummer und Weh zerfließenden Fürsten — eine Flasche Champagner zu mopfen!

Oder sollten sich auch einige Arbeiterhörer über sozial „Fürstenleid“ angesichts dieser Erinnerungen gewundert haben . . . ? F. D.

Arbeiterhörer prüfen:

Mittwoch (Königswusterhausen): 17.30 Uhr „Bedeutung der natürlichen und politischen Grenzen.“ Generalmajor a. D. Haushofer. — 19.00 Uhr Bilder vom heutigen Rußland: „Eine Frau reist durch Sowjetrußland.“ Freifrau von Watter MdL. — (Berlin): 22.30 Uhr Tonfilm-ausschnitt aus den Völkerbundsverhandlungen in Genf. — (Schlesien-Berlin): 21.15 Uhr „Thomas Paine“. Hörspiel aus der nordamerikanischen Geschichte. — (Mitteldeutschland): 19.00 Uhr „Ist Deutschland berechtigt, keine Reparationen mehr zu bezahlen?“ Dr. Friedrich Raab. — (Westdeutschland): 19.55 Uhr „Beschäftigung und Unterhaltung arbeitsloser Jungmänner.“ Regierungsrat Hartmann.

Donnerstag (Schlesien): 20.00 Uhr „Manon Lescaut.“ Lyrisches Drama in 4 Akten. — (Mitteldeutschland): 19.30 Uhr „Zur Frage der Arbeitszeitverkürzung.“ Else Gockel. — (Norddeutschland): 18.30 Uhr „Auswirkungen der Notverordnung auf die Angestelltenversicherung.“

Freitag (Königswusterhausen): 19.30 Uhr „Hinter den Kulissen eines Warenhauses.“ Ein Dreigespräch. — (Königswusterhausen-Berlin): 20.00 Uhr „Mephistopheles.“ Oper in 4 Akten. — (Ostmarkensender): 19.15 Uhr „In der Kaserne.“ Reportage aus der 5. Batterie des 1. Art.-Reg. — (Norddeutschland): 18.35 Uhr „Gewerkschaftliche Neutralität.“ Senator Ehrenleit. — (Süd- und Südwestsender): 20.15 Uhr „Drei in einer Zelle.“ Hörspiel.

Sonnabend (Königswusterhausen): 19.30 Uhr „Radikalismus oder Resignation?“ Dr. Wrede. — (Wien): 19.00 Uhr „Bericht von der Abrüstungskonferenz.“ Uebertragung aus Genf.

Staatsdefizit in Frankreich?

Paris, 9. Februar.

Der Budgetvoranschlag für 1932, dessen Diskussion heute beginnt, schließt rechnungsmäßig mit einem Ueberschuß von rund 15 Millionen Francs ab. Aus dem in der Kammer eingebrachten Bericht des Generalberichterstatters ergibt sich jedoch, daß verschiedene Posten in Rechnung gestellt wurden, mit denen man nicht durchaus sicher rechnen kann, so u. a. die auf Grund des Young-Planes von Deutschland zu erwartenden Zahlungen. Wenn man verschiedene andere ungewisse Posten berücksichtigt, kommt man sehr leicht auf einen möglichen Fehlbetrag von rund 2½ Milliarden.

1,5 Milliarden Franken Fehlbetrag

Brüssel, 8. Februar.

Der belgische Ministerrat beschäftigte sich am Montag mit der schwierigen Finanzlage, da der Fehlbetrag im Staatshaushalt 1½ Milliarden Franken beträgt. Die Regierung beabsichtigt, die Ausgaben um 10 v. H. zu kürzen und die Steuern um 10 v. H. zu erhöhen. Ferner sollen die Zölle für gewisse Warengruppen erhöht werden.

Schon am Ende?

Wieder ansteigende Arbeitslosigkeit in England.

London, 8. Februar.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in England betrug am 25. Januar 2 728 411. Gegenüber dem Stand vom 21. Dezember 1931 ist die Arbeitslosenziffer um 218 490 gestiegen. Die augenblickliche Arbeitslosenzahl ist ferner gegenüber dem Stand im gleichen Zeitraum des Vorjahres um 135 761 höher.

Neuer spanischer Botschafter für Berlin? Die spanische Regierung hat den Unterstaatssekretär im Arbeitsministerium, Luis Aragona, zum Botschafter in Berlin in Aussicht genommen. Er ist Literat und Mitglied der Sozialdemokratischen Partei.

Klare Front!

Eine Unterbezirkskonferenz der vogtländischen SAP hat folgende Entschliebung einstimmig angenommen:

„Die Zuspitzung der Gegensätze sowohl in Deutschland wie in der Weltpolitik wird wesentlich bestimmt durch die weitere Verschärfung der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise. Alle Prophezeiungen einer neuen Konjunktur im kommenden Frühjahr haben sich als fromme Wünsche erwiesen, denen jede reale Unterlage fehlt. Täglich werden neue Fabriken stillgelegt, wird die Produktion weiter abgedrosselt, täglich vermehrt sich das Heer der Erwerbslosen, täglich wächst die Not und das Elend der breiten Arbeitermassen.

Der Gegensatz der imperialistischen Interessen beginnt die Form des offenen Krieges anzunehmen, der japanische Raubzug gegen China ist nur die Einleitung weit größerer kriegerischer Abenteuer und Zusammenstöße. Die Gefahr eines neuen Weltkrieges steht nicht mehr als ferne Perspektive, sondern als nahe Wirklichkeit vor den Völkern. Schon dieser erste bewaffnete Zusammenstoß im Fernen Osten hat den völligen Bankrott des Völkerbundes gezeigt. Alle Illusionen darüber, daß der Völkerbund, die Abrüstungskonferenz oder irgendeine andere Institution der imperialistischen Mächte den Frieden erhalten oder sichern könnte erweisen sich als große Gefahr für die Arbeiterklasse und hemmen die Initiative zur Entfaltung der internationalen Aktion gegen den Krieg.

Die Schaffung der internationalen Einheitsfront des Proletariats im Kampfe gegen den Krieg ist das dringende Gebot der Stunde, alle Anzeichen weisen darauf hin, daß der imperialistische Vorstoß im Fernen Osten sich zu einem Vorstoß gegen den Bestand und den wirtschaftlichen Ausbau der Sowjetunion auswachen kann. Das revolutionäre Proletariat aller Länder darf gegenüber seiner eigenen Regierung und gegenüber den imperialistischen Mächten aller Länder keinen Zweifel daran lassen, daß es bereit und gewillt ist unter Einsatz aller Kampfmittel den Schutz der proletarischen Diktatur in Sowjetrußland gegen jeden imperialistischen Angriff durchzuführen. Die Konferenz fordert die Parteien der zweiten und dritten Internationale auf, eine internationale Konferenz aller proletarischen Parteien einzuberufen, die sich mit der wachsenden Kriegsgefahr und den Vorstoß des Faschismus und der Vorbereitung von internationalen Aktionen zur Verteidigung Sowjetrußlands zu beschäftigen hat. Der beste Schutz der Sowjetunion, die einzige reale Sicherheit gegen den Ausbruch eines neuen Weltkrieges, die wirksamste Bekämpfung der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, die beste Gewähr für die Niederwerfung des Faschismus gibt allein der revolutionäre Kampf und der Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft in den imperialistischen Ländern. Die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats darf nicht davon abhängig gemacht werden, daß das Proletariat zugleich in allen oder mehreren Ländern die Macht erobert, die Erfahrungen der bisherigen Entwicklung haben gezeigt, daß die proletarische Revolution dem Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung folgt und daß das Proletariat auch in einem Lande bei Entfaltung aller revolutionärer Energien den Sieg erringen und behaupten kann.

Unter den Ländern, die objektiv reif für die proletarische Revolution sind und in denen die subjektiven Bedingungen des proletarischen Sieges täglich wachsen, steht Deutschland mit an erster Stelle. Die Lage in Deutschland wird gekennzeichnet durch besonders tiefe und verheerende Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, durch die Erschütterung der ökonomischen und politischen Basis der kapitalistischen Klassenherrschaft und durch angestrengte Versuche der deutschen Bourgeoisie mit Hilfe der Entfesselung der offenen, faschistischen Konterrevolution den Vormarsch des deutschen Proletariats zu verhindern.

Die Versuche einer neuen nationalistischen Einheitsfront im Zeichen der Hindenburgwahl laufen parallel mit dem immer frecheren provokatorischen Auftreten der Faschisten, die von der Schwerindustrie finanziell und politisch unterstützt werden und die ihre Machtpositionen in den letzten Monaten, sowohl innerhalb des staatlichen Herrschafts- und Unterdrückungsapparats, wie auch durch die Gewinne immer größerer bürgerlicher, kleinbürgerlicher und selbst proletarischer Schichten der Bevölkerung verbessert und gefestigt haben. Es gibt nur eine Kraft, die den faschistischen Ansturm zurückschlagen kann: die Entfesselung der revolutionären Initiative der Arbeiterklasse, die Schaffung einer kampffähigen proletarischen Einheitsfront.

Durch ihre Tolerierungspolitik und durch ihr jetziges Einschwenken in die nationalistische Einheitsfront leisten die Führer der SPD und des ADGB der faschistischen Konterrevolution offene Unterstützung. Die Tatsache, daß in der sozialdemokratischen Presse auch selbst die Tolerierung Hitlers erwogen worden ist, zeigt am besten die Gefahr einer solchen Politik. Demgegenüber bildet das reklamehafte „Austromeln der Schaffung einer sogenannten „Eisernen Front“ nur ein raffiniertes Täuschungsmanöver gegenüber den proletarischen Mitgliedern der SPD und den Gewerkschaften. Der Sieg des Faschismus in Deutschland wird die gesamte deutsche Arbeiterklasse mit verschärfter Not und blutiger Unterdrückung treffen. Die Sozialistische Arbeiterpartei setzt sich daher als wichtigste Aufgabe die Lösung der proletarischen Klassengenossen von dem Einfluß der reformistischen staatsbehaltenden Bürokratie und ihre Eingliederung in die revolutionäre Front. Sie fordert die sozialdemokratischen Arbeiter auf, politisch und organisatorisch mit ihren bisherigen Führern zu brechen und sich der

Resolution des Unterbezirks Vogtland der SAP

Sozialistischen Arbeiterpartei anzuschließen. Sie ist darüber hinaus bereit, mit den proletarischen Klassengenossen der SPD, auch soweit sie den organisatorischen Bruch mit ihrer Partei noch nicht vollzogen haben, im Kampfe gegen Kapitaldiktatur und Faschismus zusammenzuarbeiten.

In den Mittelpunkt des Aufmarsches der gegenrassistischen Front ist neben dem Kampfe zur Abwehr des Lohnabbaues, der Entfaltung außerparlamentarischer Massenaktionen gegen die Regierung Brüning und den faschistischen Vormarsch die Reichspräsidentenfrage in Deutschland gerückt. Die SAP betrachtet die Reichspräsidentenwahl als eines der Mittel zur politischen Mobilisierung der Massen und als einen der Ausgangspunkte zur Schaffung der revolutionären Einheitsfront in Deutschland. Sie ist daher bereit, für den Fall, daß die vom Vorstand der SAP vorgeschlagenen Verhandlungen über Aufstellung eines gemeinsamen Arbeiterkandidaten zu keinem Ergebnis führen, ihre Mitglieder aufzufordern, ihre Stimme dem Kandidaten der Kommunistischen Partei Thälmann zu geben. Die SAP stützt damit ihre Politik der Schaffung der revolutionären Einheitsfront fort, die sie seit ihrer Gründung betrieben hat. Im Gegensatz dazu steht die Haltung der kommunistischen Parteiführung, die die revolutionäre Einheitsfront sabotiert und die Schaffung gemeinsamer Aktionsausschüsse und Arbeiterwehren im Kampfe gegen den Faschismus ablehnt. Auch die Fortsetzung der RGO-Politik, die nur eine Schwächung der Arbeit des linken revolutionären Flügels in den Gewerkschaften darstellt, bedeutet eine empfindliche Verminderung der proletarischen Kampfkraft und die praktische Verhinderung der Einheitsfront. Die Kommunistische Partei ist sogar dazu übergegangen, in verschiedenen Orten und Bezirken und zwar vor allem auch in Vogtland die bestehenden Einheitsfront-Organen wieder zu zerschlagen und jedes Zusammenwirken mit nichtkommunistischen Parteien abzulehnen.

Die Konferenz fordert die Mitglieder und Anhänger der kommunistischen Partei auf, sich von dieser Taktik ihrer Führung nicht beeinflussen zu lassen und die Arbeit für die Schaffung der proletarischen Einheitsfront entschieden fortzusetzen. Die Notwendigkeit der proletarischen Einheitsfront ist heute dringender denn je.

Auf dem Rost:

Biograph Kuttner

Wir haben kürzlich den Biographen Goslar gewürdigt als den Verfasser einer kleinen byzantinischen Schrift über den preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun. Aber der Ministerialrat Goslar ist nicht allein geblieben. Die gewissermaßen parteioffiziöse Verherrlichung des hervorragenden Sozialdemokraten und zurückhaltenden Staatsmanns Braun hat ein anderer bewirkt, und dieser andere heißt Erich Kuttner, Mitglied eines preussischen Landtags und Mitarbeiter des „Vorwärts“. In der „Rheinischen Zeitung“ zum Beispiel, die Wilhelm Sollmann leitet, stand zu lesen, daß anlässlich des sechzigsten Geburtstags Brauns zwei Biographien erschienen wären. Eine davon sei außerordentlich empfehlenswert, und die stamme von Kuttner. Darüber hat sich der ungenannte Konkurrent sicherlich gefreut wie ein kleines Kind.

Nun aber ist man in der Lindenstraße auf Kuttner böse. Er hat nämlich verschwiegen, daß seine biographische Würdigung Otto Brauns im Rahmen einer Schriftenreihe „Männer und Mächte“ erfolgte, in der Kuttners „Werk“ als zweites Stück er-

Die Not wächst, die Krise verschärft sich, die Bourgeoisie bereitet den offenen faschistischen Staatsstreich vor. Das deutsche Proletariat muß alle seine Kräfte zusammenfassen, um die Mobilisierung der deutschen Arbeiterklasse zu vollenden und den Kampf um die Macht mit der notwendigen Entschiedenheit aufzunehmen und durch den Sieg des Proletariats und die Aufrichtung der proletarischen Diktatur, deren Herrschaftsinstrument nach den bisherigen Erfahrungen, die Arbeiterräte sein werden um den Sieg des Proletariats zu erkämpfen und den sozialistischen Ausweg aus der Krise anzubahnen“.

Bezirksparteitag in Breslau

In Breslau fand ein Bezirksparteitag der SAP statt, der — nach einer Eröffnungsansprache des Genossen Eckstein — ein einstündiges Referat des Genossen Klaus Zwieling über die Aufgaben der SAP entgegennahm. Folgende Entschliebung zur Reichspräsidentenwahl wurde angenommen:

„Die Bezirkskonferenz begrüßt die Bemühungen des Vorstandes der SAP, bei der Reichspräsidentenwahl eine proletarische Einheitsfront zustande zu bringen. Es ist die geschichtliche Aufgabe der Partei, wie überall so auch hier unter größerem als dem Parteigesichtspunkte durch Mobilisierung der Massen und ihrer großen Organisationen die Kräfte der ganzen Arbeiterklasse zum Kampfe gegen den Kapitalismus zusammenzufassen. Den rechten Opportunismus der SPD und den linken Opportunismus der KPD in gleicher Weise ablehnend, wird die Sozialistische Arbeiterpartei ihren revolutionären Weg gehen.“

Außerdem erklärte der Bezirksparteitag seine Zustimmung zu der vom Berliner Bezirksparteitag angenommenen umfassenden politischen Resolution. Beim Hauptvorstand der SAP soll beantragt werden, das Referat des Genossen Zwieling in Form einer Broschüre erscheinen zu lassen.

schienen war. Die Nummer 1 brachte eine Biographie Brünings aus der Feder seines früheren Redaktionskollegen (am „Deutschen“), des Doktor Alphons Nobel. Die wäre vom Parteivorstand ohne Frage toleriert worden, nicht aber die Nummer 3 der Reihe, die in Vorbereitung ist und demnächst erscheinen soll. Hier wird nämlich von einem der Schergen Hitlers Herr des Brauns Hauses behandelt, und das ist shocking. Pfui! In solche unerwünschte Gesellschaft bringt nun der Biograph Kuttner den Genossen Braun. Pfui und abermals Pfui.

Das netteste aber daran ist: Als Herausgeber dieser biographischen Reihe zeichnet zwar nicht, muß aber betrachtet werden: Felix Stößinger, ebenfalls ein SPD-Genosse. Ihm wird vorgeworfen, daß er sein Streben nach Konjunkturgewinn viel zu weit treibe. Und man erinnert sich in der Lindenstraße jetzt daran, daß schon der große Vorkämpfer des Sozialismus, Hermann Müller, in seiner Darstellung der „November-Revolution“ recht herbe Worte für die Person Stößingers fand, als es galt, dessen Rolle als Pressechef des revolutionären Vollzugsrats zu zeichnen. Arcanum.

Mahnruf an alle Sexualreformer

Die erweiterte Vorstandssitzung der Liga für Mutterschutz (Sitz Berlin C2) stellt bei Prüfung der kulturpolitischen Situation fest, daß die Gefahren für die gesamte Sexualreformbewegung nie so groß waren wie jetzt, da der kulturpolitische Kurs der Regierungspolitik immer mehr rückschrittlich orientiert wird und die Gefahr einer weiteren reaktionären Wendung nicht abzuleugnen ist.

Daraus erwächst die Pflicht, alle Bestrebungen zu unterstützen, die der Sammlung der fortschrittlichen Kräfte zur Abwehr weiterer kultur- und sozialpolitischer Verschlechterungen und zur Erreichung eines menschenwürdigen Daseins dienen.

Als besondere Pflicht betrachten wir die Zusammenfassung aller gleichgerichteten Kräfte und Organisationen zu einem schlagkräftigen kulturpolitischen Machtfaktor. Trotzdem bisher gleiche Bemühungen erfolglos waren, wenden wir uns an alle Gleichgesinnten und die gleichgerichteten Organisationen, weil wir keine grundsätzlichen Verschiedenheiten sehen und deshalb die Ueberwindung der Meinungsverschiedenheiten entscheidend vom guten Willen abhängt.

Die Zwangslage muß bei allen den Willen zum Zusammenschluß, zur Vereinigung gestärkt haben, denn jeder Einsichtige wird kleinliche Bedenken leicht zurückstellen, wenn damit der Bestand der Bewegung und damit die Sexualreform gesichert wird.

Im Angesicht der drohenden Gefahren reichen wir erneut allen Sexualorganisationen

die Hand zum Zusammenschluß in der Erwartung, daß unser Angebot in allen Organisationen aufgegriffen wird und uns die Willenskundgebungen von deren Vorständen mit entsprechenden Vorschlägen bekanntgegeben werden.

Alle Abseitsstehenden sollten die Pflicht zum Anschluß und zur Mitarbeit an der Bewegung erkennen, denn jeder einzelne wird durch die rückschrittliche Kultur- und Sozialpolitik getroffen.

Auf jeden Sexualreformer kommt es an, denn nur vereint haben wir Aussicht, uns zu behaupten und unseren wichtigen Aufgaben gerecht zu werden.

Liga für Mutterschutz, Sitz Berlin.
gez. Hugo Oehlschläger.
gez. Hans Hexel.

Kienböck macht Karriere. Der ehemalige Finanzminister Kienböck ist am Sonnabend zum Präsidenten der Nationalbank ernannt worden. — Der Ministerrat hat sich ferner bereit erklärt, den von den Gläubigern der Creditanstalt zum Generaldirektor der Bank vorgeschlagenen Holländer van Hengel zu bestätigen.

Beamtengehaltskürzung in Belgien. Die außerordentlich kritische Finanzlage in Belgien macht große Ausgabenkürzungen notwendig. Die Regierung plant daher, bald eine Erhöhung aller Steuern durchzuführen und besonders die Gehälter der Beamten, Professoren und Offiziere um 10 vH zu kürzen.